

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE - UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

4. Jahrgang — Heft 9 Preis 10 Pfg.

November/Dezember 1954

Verlagsort Frankfurt a. M.

Bedauerliche Einigkeit

Sowjetbarock

Hessens Hochschulpolitik hing vom Ausgang der Wahlen nicht ab. Das bestätigte Rechtsanwalt K a n k a (CDU) dem Hessischen Kultusminister Arno H e n n i g (SPD) bei einer Diskussion in der frankfurter Universitätsaula über das Thema „Staat—Hochschulpolitik—Schulgeldfreiheit“. „Es wird sich an unserer Einigkeit in diesen Fragen auch nichts ändern, wenn Sie, Herr Minister, demnächst einmal in der Opposition sitzen.“ Auch Mittelschulrektor K a i s e r beschränkte seine FDP-Kritik auf Einzelpunkte. Die großen Parteien sind also von der Vortrefflichkeit der bisher den Hochschulen erwiesenen Politik überzeugt. In den letzten Jahren haben sie alle wesentlichen Entscheidungen auf diesem Gebiet gemeinsam getroffen; das hoben die Referenten ausdrücklich hervor.

Dürfen Universitäten und Studenten mit dieser Einigkeit zufrieden sein? Oder sind sie und ihre Interessen nicht vielleicht die Opfer solcher Einigkeit?

Kultusminister Hennig leitete die Diskussion ein durch Verlesung einiger Zahlen aus dem hessischen Hochschulstat. Vier Hochschulen seien eine große Belastung für Hessen — ein finanziell nicht sonderlich gesegnetes Land mit nur 5 Millionen Einwohnern. Zum Vergleich führte der Minister das Land Nordrhein-Westfalen an, das trotz einer dreimal so starken Bevölkerung und viermal so großen Einnahmen auch nicht mehr Hochschulen unterhalte.

Uns scheint allerdings der Vergleich 4 : 4 nicht so wichtig wie die Größe und Ausstattung der Hochschulen im Verhältnis zu den gestellten Anforderungen. — Hessen habe — erklärte der Kultusminister — in der vergangenen Legislaturperiode an die beiden Universitäten Marburg und Frankfurt und die Hochschulen Gießen und Darmstadt 92 1/4 Millionen DM an laufenden Zuschüssen gezahlt und außerdem noch 42 Millionen DM für den Aufbau und Neubau von Universitätseinrichtungen zur Verfügung gestellt. Setzt man hier den Vergleich mit Nordrhein-Westfalen fort, dann stehen den hessischen 42 Millionen DM in Nordrhein-Westfalen bis 1954 insgesamt schon 125 Millionen DM gegenüber.

Schematischer mögen hier noch triumphierend „42 : 125 = 1 : 3“ nachrechnen. Aber wie schwierig etwa die Lage der Universität Frankfurt heute ist, ergab sich deutlich aus dem Rechenschaftsbericht, den der scheidende Rektor, Prof. Dr. Gans, bei der Übergabe des Rektorates an Prof. Dr. Neumark erstattete. Der Lehrkörper der Universität Frankfurt ist immer noch um zehn Prozent kleiner als im WS 1932/33; die Zahl der Studenten seit damals aber von 4 000 auf 7 000 gestiegen. Bei einem durchschnittlichen Ansteigen der Zahl der an den Universitäten des Bundesgebietes Immatrikulierten um sieben Prozent seit der Währungsreform beträgt die Zunahme in Frankfurt 45 %.

Mit dem Anstieg der Zahl der Studenten haben auch die Aufwendungen für Lehrmittel nicht Schritt gehalten, in Hessen aber noch weniger als an anderen deutschen Universitäten.

| Universität | Lehrmittel in Tsd. DM (netto) | Zahl der Immatrikulierten |
|-------------|-------------------------------|---------------------------|
| Bonn | 522 | 6 915 |
| Köln | 386 | 8 322 |
| Mainz | 424 | 3 653 |
| Heidelberg | 323 | 4 973 |
| Würzburg | 308 | 2 240 |
| Marburg | 264 | 3 753 |
| Frankfurt | 233 | 5 909 |

(Die Etatziffern gelten für 1953, die Aufstellung der Immatrikulierten entspricht dem SS 1953).

Wegen der unterschiedlichen Etatpolitik der angeführten Universitäten mußten die Etatposten umgerechnet werden: Von dem Gesamtbetrag für Lehrmittel wurden zunächst die „Ersatzgelder“ abgesetzt, da diese ja von den Studierenden aufgebracht werden. Einzelne Universitäten müssen ihre Bibliotheken selbst unterhalten, andere (so z. B. Frankfurt) beteiligen sich an der Bibliothek nur mit einem Zuschuß. Um diese Unterschiede auszugleichen, wurden auch die Aufwendungen für Bibliotheken vom Gesamtbetrag abgesetzt.

Auch die Aufwendungen an Lehrmitteln pro Student liegen also an hessischen Universitäten durchweg unter den Beträgen, die anderen deutschen Universitäten dafür zur

Verfügung stehen. Drastischer noch ist ein Vergleich der für Excursionen ausgeworfenen Beträge. Sie beliefen sich (1953) für Bonn auf 30 000, Köln auf 30 000, Mainz 9 500, Heidelberg 13 100, Würzburg 12 000, Marburg 3 000 und Frankfurt 3 000 DM. Es ist überflüssig, noch weitere Beispiele hier anzuführen.

Hessen hat seine Hochschulen zwar weitgehend neu aufgebaut. Die Aufwendungen für Gebäude mußten zunächst notwendig den Vorrang z. B. vor der Errichtung neuer Lehrstühle, vor Lehrmitteln und Excursionsgeldern haben. Aber falsch war es, die Gebäude wiederherzustellen, oder neu zu bauen, ohne daß zugleich die entstehenden Möglichkeiten auch in vollem Umfange genutzt wurden, d. h. also, daß Professoren und Studenten die sonstigen zur Arbeit an einer Universität notwendigen Mittel zur Verfügung bekamen. Wenn ein Betrieb kostspielige Anlagen erstellt und sie dann nicht nutzen kann, so spricht man gemeinhin von einer Fehlinvestition. Eine ähnliche Fehlinvestition stellen vorläufig zum großen Teil die neu erstellten Universitätsbauten dar. Dabei sind die Mittel, die bewilligt werden müßten, gar nicht so gewaltig. Etwa zehn Prozent des gegenwärtigen Etats zusätzlich aufgewandt würden schon genügen, damit neben dem Lehr- und Prüfungs-, also dem biedersten Berufsausbildungsbetrieb auch die wissenschaftliche Arbeit, die Forschung vor allem sich wieder entfalten könnte.

Die beschauliche Einigkeit der großen Parteien hat dergleichen Anlegungen der Hochschulen bisher kein Gehör gewährt. Wir sind in diesen Fällen immer, vielleicht schon zu sehr argwöhnisch, daß man die Wissenschaften deshalb nicht so hoch einschätzt und dotiert, weil sie ihren Nützlichkeitsbeweis so schwer und auch so ungerne erbringen. Aber wir sind nun auch in der Lage, den Spieß umzudrehen. Die Hochschulen sind nachgerade zur demonstrativen Unwirtschaftlichkeit verdammt, wenn zwischen den Aufbau- und den laufenden Etats solch ungenügender Zusammenhang besteht, und wenn man den Zustrom der Begabten zu den Hochschulen einerseits fördert, andererseits ihm nicht die genügende Zahl von Lehrern und die angemessenen Lehrmittel bereitstellt.

Das ist — Zweifel sind hier nicht am Platze — Kritik an der Selbstzufriedenheit der Politiker. Sie steigert sich auch leicht bis zur Geringschätzung der Gelehrten da, wo es ernst wird, nämlich das Geld verteilt wird. Diese Aufgabe, nämlich die Aufstellung des genauen Stellenplans bis hinab in alle Einzelheiten behält sich das Ministerium vor mit der ironischen Glosse, die Universitäten kämen, wollte man ihnen einmal einen nicht aufgeschlüsselten Gesamtbetrag zuweisen, nach höchstens sechs Monaten kniefällig an mit der Bitte, ihnen die Gelder wieder aufgeschlüsselt zuzuteilen, da sie sich untereinander mit dem Stellenplan nicht einig würden. Es ist freilich nicht dagegen zu sagen, daß der Streit der Fakultäten inzwischen beigelegt wäre, geschweige denn die Diskussionen über die Wichtigkeit der verschiedenen, insbesondere neuer Wissenschaften. Aber nach den Ausführungen der amtierenden und auf das Amt sich verbreitender Politiker ist dagegen wieder der Zweifel gestattet, ob in diesen Fragen nicht ein stärkerer Einfluß der Hochschulen wünschenswert wäre.

Sei blind — oder Du siehst rot

In einer im „Bulletin“ der Bundesregierung abgedruckten Rede setzt sich der Staatssekretär des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, mit der zunehmenden kulturellen Zersetzungs- und Infiltrationstaktik der Sowjetzonen-Regierung auseinander. Seine Betrachtungen kommen zu folgendem Abschluß: „Man wird sich im verstärkten Maße der Möglichkeiten auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und des Sportes bedienen. Wir werden also der Politik mit der Geige, der Feder und dem Fußball zu begegnen haben und müssen uns darauf vorbereiten“.

Demonstrierte Gedankenlosigkeit

Diesem so richtigen wie inhaltsleeren Rat folgte die 24. Ordentliche Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Berlin. Am 16. November 1954 kam sie zu



Ein Frankfurter Kommilitone brachte uns dieses Bild der Hauptfront der Lomonosow-Universität von seiner Ferienreise nach Moskau. Einen Diskussionsbeitrag zu seinem Bericht über die Möglichkeiten eines Studentenaustausches mit Moskau veröffentlichen wir auf Seite 4.

Solange allerdings die Universitäten nicht wieder — wie vor Krieg und Inflation — selbst ein gewisses Vermögen besitzen, dürfte die Zuweisung eines Gesamtbetrages nicht in ihrem Interesse liegen. Denn wenn sie mit einer Gesamtsumme, d. h. völlig selbständig wirtschaften sollen, müssen sie schon in der Lage sein, etwas freier zu disponieren, um sich auch Änderungen der allgemeinen wirtschaftlichen oder finanziellen Lage anpassen zu können. Das aber ist nur bei einem gewissen Fundus möglich.

Zu erwägen ist jedoch, ob die Anfertigung des Stellenplanes für alle Dozenten im Finanzministerium sinnvoll ist. Die Beamten des Finanzministeriums sind gewiß befähigt, ein so kompliziertes Gebilde wie einen Stellenplan rationell auszuarbeiten. Was aber den Universitäten fehlt und was hier zur Forderung erhoben wurde, ist nicht die Vergrößerung des Apparates. Der „Apparat“ ist vollständig in Gang und produziert in erfreulicher Regelmäßigkeit Staatsexamina. Die von den Universitäten so dringend benötigten Mittel sollen deshalb auch nicht in den Routinebetrieb gesteckt, sondern für wissenschaftliche Leistungen

(Fortsetzung Seite 2)

der bestürzend neuartigen Erkenntnis, daß „die offiziellen Vertreter der Studentenschaften der Sowjetzone Funktionäre und nicht frei gewählt“ seien. Dieses sichere Wissen führte dann zu scheinbar selbstverständlichen Konsequenzen: „Dies schließt auch entsprechende Beziehungen auf fachlicher, kultureller und sportlicher Ebene aus.“ Der erst vier Monate zuvor gefaßte Entschluß der Hamburger Delegiertenkonferenz, den Sportverkehr mit der Zone wieder aufzunehmen, wurde damit aufgehoben. Die Berliner DK wußte mit traumwandlerischer Sicherheit der „Politik mit Geige, Feder und Fußball“ zu begegnen, und es wäre interessant zu erfahren, ob solche inhaltliche Präzisierung dem Herrn Staatssekretär bei seiner Rede auch schon vorgeschwebt hat.

Ihre Einfallslosigkeit verbarg die DK hinter allgemeinen Phrasen über die „vornehmste und dringende Aufgabe... alle

(Fortsetzung Seite 4)

Man sagt in Bonn

Hamburgs früherer Bürgermeister Max Brauer hat einen ganz neuen Vorschlag zur Wehrdienstfrage gemacht: Die Bundesrepublik solle statt eines stehenden Heeres eine Miliz nach Schweizer Vorbild aufstellen. Das würde einen Verzicht auf die 18monatige Dienstzeit bedeuten; denn die jungen Männer würden nur zu einer 4monatigen Grundausbildung einberufen werden. In den folgenden Jahren müßten sie an 6—8wöchigen Übungen teilnehmen. — Brauers Hauptargument ist dies: Die übliche lange Rekrutenzeit wäre zu $\frac{2}{3}$ Leerlauf. Nur wenn die Ausbilder gezwungen würden, schon in 4 Monaten aus einem Rekruten einen einsatzfähigen Soldaten zu machen, müßten sie auf das überflüssige und gefährliche „Schleifen“ der jungen Soldaten verzichten. Dafür gäbe es in der Miliz einfach keine Zeit. Das Schweizer Beispiel habe auch gezeigt, daß 4 Monate zur Ausbildung eines Soldaten vollauf ausreichen — ja, die Schweizer Miliz mit der Devise „Das Gewehr im Schrank“ sei eine der schlagkräftigsten Armeen West-Europas.

Das Amt Blank, so wird gesagt, steht diesem Vorschlag nicht sehr freundlich gegenüber. Um so mehr sollten wir Studenten ihn beachten. Bringt er doch eine annehmbare Lösung des Problems: Wann soll der Student Soldat sein? (Vgl. DISKUS Nr. 4.) Die Grundausbildung und die Übungen ließen sich ohne Schwierigkeit in die Semesterferien verlegen. Der junge Student würde dann seine Ausbildung nicht zu verzögern brauchen, er brauchte aber auch nicht vom Wehrdienst befreit oder zurückgestellt werden.

Die Außenpolitische Diskussion geht in Bonn mit unverminderter Schärfe weiter. Besonders heftig ist die Debatte der Saarfraße. Und hier geht die Front der Meinungen mitten durch die Regierungskoalition. Ja, nicht einmal die CDU steht geschlossen hinter dem Kanzler. Minister Jakob Kaiser stimmte im Kabinett gegen das Saarstatut. — Aber nicht über alle Punkte des Statuts wird gestritten. Zwischen den Parteien herrscht Einigkeit darüber, daß das Saargebiet faktisch von uns getrennt war, und niemand hat erwartet, daß Adenauer die Saar zurückbringen würde. Man ist sich auch darüber einig, daß an der Saar ein Provisorium geschaffen werden mußte. Streit besteht nur darüber, ob es sich bei der Pariser Vereinbarung wirklich um ein Provisorium handelt, oder ob nicht vielmehr ein politisches Definitivum geschaffen wurde. Die CDU glaubt, das — unbestreitbare — Risiko, die Saar zu verlieren, sei nicht so groß, daß man es nicht hätte wagen sollen. Die Saarbevölkerung könne zweimal (jetzt und nach dem Friedensvertrag) abstimmen, sie würde also über das endgültige Schicksal der Saar selbst bestimmen. Die anderen Parteien halten das Risiko, das der Kanzler in Paris eingegangen ist, für zu groß, weil sie nicht glauben, daß die Saarbevölkerung wirklich frei abstimmen könne. Und sie fragen: Was ist, wenn es in den nächsten Jahren nicht zu einem Friedensvertrag kommt? Das Saarstatut gibt auf diese Frage keine Antwort. Sie fordern deshalb eine Ergänzung des Statuts.

Gleichzeitig macht sich eine neue Ansicht zum wichtigsten Problem deutscher Politik bemerkbar. Dies wird gesagt: Die Frage der deutschen Wiedervereinigung sei nicht — wie oft versucht wird — isoliert von gesamteuropäischen Fragen zu lösen. Für die Sowjetunion bedeute eine Wiedervereinigung (in Freiheit) ja nicht nur den Verlust der Sowjetzone. Sie bringe vor allem mit sich, daß Polen dann eine Grenze zum freien Westen bekäme. Dies müsse den starken Widerstandskräften in Polen ungeheuren Auftrieb geben. Allein die Tatsache, daß die Sowjetunion ein von ihr beherrschtes Gebiet aufgeben würde, würde den Widerstand in allen Satellitenstaaten kräftigen. — Das wisse Moskau sehr genau, und es wisse auch, daß es sich diese Folgen einer deutschen Wiedervereinigung einfach nicht leisten könne.

Andererseits (und vielleicht gerade deswegen) würde die Sowjetunion von den USA als Preis für die Wiedervereinigung verlangen, daß die USA den „Anschluß“ der baltischen Staaten an die Sowjetunion anerkenne und sich mit dem

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE

SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

(Fortsetzung von Seite 1)

verwandt werden. Deshalb scheint für diese Mittel ihre Pauschalüberweisung und selbständige Verteilung und Verwaltung durch die Universität vorteilhafter zu sein als die — notwendig starre und wenig anpassungsfähige — Bearbeitung durch das Finanzministerium. Gegen diese Lösung steht aber zunächst das Mißtrauen der Staatsbürokratie den Universitäten gegenüber. Schleiermacher hat es einmal formuliert:

„Schulen und Universitäten leiden je länger je mehr darunter, daß der Staat sie als Anstalten ansieht, in welchen die Wissenschaften nicht um ihret-, sondern um seinetwillen betrieben werden, daß er das natürliche Bestreben derselben, sich ganz nach den Gesetzen, welche die Wissenschaft fordert, zu gestalten, mißverstehen und hindert, und fürchtet, wenn er sie sich selbst überlasse, würde sich bald alles im Kreise eines unfruchtbaren, vom Leben und von der Anwendung weit entfernten Lernens und Lehrens herumdrehen.“

Udo Kollatz

bolschewistischen Regime in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Tschechoslowakei einverstanden erkläre. Gerade dies aber könnte keine amerikanische Regierung wagen, wenn sie nicht die zahlreichen Wähler osteuropäischer Herkunft verlieren will. Das Schicksal Deutschlands sei von dem Polens nicht zu trennen, sagen die Verfechter dieser Theorie — wenn sie sich auch scheuen zuzugeben, daß ihre Ansicht nur eine Konsequenz haben kann: Eine Wiedervereinigung Deutschlands wird in absehbarer Zeit nicht möglich sein.

Gegen diese Theorie läßt sich anführen, daß die völkerrechtliche Lage Deutschlands besser als die Polens ist, weil alle Besatzungsmächte verpflichtet sind (und diese Verpflichtung nicht bestreiten), die Wiedervereinigung herbeizuführen. Das deutsche Problem ist auch — allein wegen der Spaltung Deutschlands — viel gefährlicher für den Weltfrieden als das polnische drängt also viel eher zu einer Lösung.

Die neue Theorie hat allerdings einen Vorzug: Sie bemüht sich, das Problem der Wiedervereinigung einmal mit den Augen der Sowjets zu sehen — und von den Sowjets allein hängt ja die Wiedervereinigung ab. — Gerade in der letzten Zeit hat sich aber wieder einmal deutlich gezeigt, daß die Sowjets an einer Wiedervereinigung nicht interessiert sind.

Schießbefehl

Wer erinnert sich noch jener abgerissenen und hungrigen Gestalten, die mit einer weißen Armbinde versehen, aber ohne Waffen, nach 1945 die deutsche Polizei verkörperten? Von der Militärpolizei der Besatzungsmächte nur ungenügend unterstützt, hatten sie gegen gefährliche, stark bewaffnete Banden von Verbrechern und Schwarzhändlern zu kämpfen. Ihre damalige Leistung findet heute kaum ein anerkennendes Wort. Nach der Ansicht der 131er, die jetzt wieder im Dienst sind, waren sie ein zusammengelaufenes, unausgebildetes Gesindel, dessen Restbestände die heutige Polizei leider noch verkraften muß. Die 131er waren damals „amtsverdrängt“. Ich glaube, sie waren damals gerne amtsverdrängt; denn es war ein undankbares Geschäft, dem Staat für Reichsmark und in so ungesicherten Verhältnissen zu dienen. Mancher „Amtsverdrängte“ konnte lukrativeren Beschäftigungen nachgehen; mindestens konnten sie ihren Ehefrauen beim Hamstern helfen.

Die Zeiten haben sich geändert. Unsere heutigen Polizeibeamte haben saubere Uniformen, Waffen und Richtlinien. Sie befinden sich in gesetzlich gesicherten Beamtenpositionen. Das ist natürlich erfreulich. Aber einige Anzeichen der letzten Zeit zwingen uns geradezu, kritisch auf die weitere Entwicklung zu achten.

Bei der Verfolgung der Autobahnräuber in Nordrhein-Westfalen haben zwei unschuldige Menschen den Tod gefunden. Schüsse aus Maschinenpistolen der Polizei streckten sie nieder. Sie sind nicht die einzigen Opfer obrigkeitlicher Schußwaffen. In München wurde neulich ein Bäckermeister ohne zwingenden Grund von einem Polizisten erschossen. Es sind auch Fälle durch die Presse gegangen, in denen Polizeibeamte unschuldige Leute festgenommen und verprügelt haben.

Man soll aus solchen Übergriffen noch keine verallgemeinernden Schlüsse gegen die Polizei ableiten. Auch Polizisten sind keine Engel, und ein voreiliger Schuß ist nichts Unmögliches. Beängstigend ist aber, daß vorgesetzte Stellen bis hinauf zum Minister diese Übergriffe decken, daß die Staatsanwaltschaft, wenn überhaupt, nur zögernd eingreift, und daß, wer diese Übergriffe anprangert, bedroht und beschimpft wird.

Kaum hatte nämlich der Bundestagsabgeordnete Dr. Arndt eine gerichtliche Untersuchung der tödlichen Schüsse auf der Autobahn gefordert, so hörte man schon, die SPD sympathisierte mit den Autobahnräubern. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen kündigte ihm eine Anzeige wegen fahrlässiger Anschuldigung an. Es mag sein, daß es in Nordrhein-Westfalen eine gesetzliche Grundlage für die Schüsse auf der Autobahn gibt. In diesem Fall muß eben die gesetzliche Grundlage geändert werden. Auf keinen Fall können wir uns zufrieden geben, mit einer Erklärung, der Tod zweier unschuldiger Menschen sei bedauerlich aber durchaus legal.

Verbrecherverfolgung ist kein Selbstzweck. Sie geschieht zum Schutze der Bevölkerung und darf nicht selbst zum Angriff gegen die Bevölkerung werden. Die Bevölkerung zahlt Steuern für die Polizei. Sie ist auch bereit, sich für eine Verbrechenaufklärung durch die Polizei Unannehmlichkeiten gefallen zu lassen. Wenn aber in der Bevölkerung mehr Opfer durch die Verbrechenaufklärung als durch die aufzuklärenden Verbrechen entstehen, dann geht das zu weit.

Außerdem weiß jeder aufmerksame Leser von Nick Knattertons Abenteuern, daß ein Großeinsatz von Polizei mit Sperren und Schießtrupps den gesuchten Verbrecher höchstens auf Grund eines blinden Zufalls erwischt. Die Verbrechenaufklärung vollzieht sich nicht so dramatisch. Die Kriminalpolizei bringt in einer langsameren, dafür aber exakten Arbeit so viele Anhaltspunkte zusammen, daß sich der Verdachtskreis um den möglichen Täter mehr und mehr schließt. Sperren auf der Autobahn und Schüsse auf flüchtende Wagen sind dagegen panische Maßnahmen, deren Erfolge mit großer Wahrscheinlichkeit gering bleiben. Der

Als die EVG gescheitert war und noch kein Alternativplan vorlag, da hätte es für die Sowjets nahe gelegen, die Wiedervereinigung zuzugestehen und dafür die Nichtteilnahme Deutschlands an einem (damals nicht einmal geplanten) Verteidigungssystem einzuhandeln. Stattdessen haben sie geschwiegen und sind erst wieder laut geworden, als der neue Pakt abgeschlossen wurde. Dies zeigt doch deutlich, daß es den Sowjets nur um die Verhinderung der europäischen Einigung, nicht aber um irgendwelche konstruktiven Ergebnisse geht.

Die sowjetische Note vom 14. 11. bringt noch nicht einmal auf dem Papier etwas Positives zur Wiedervereinigung. Im Gegenteil: Vorgeschlagenes Konferenzthema ist ein „europäisches Sicherheitssystem“. Dazu hat Molotow vor einiger Zeit etwas sehr Aufschlußreiches gesagt: „Bei der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit muß dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Deutschland vorläufig in zwei Teile gespalten bleibt!“ — Und was kann denn die sowjetische Wunderformel von der Koexistenz für Deutschland anderes bedeuten, als daß alles so bleiben soll wie es ist? — Von dieser sowjetischen Politik ist für die Wiedervereinigung Deutschlands nichts zu erwarten. Bruno

Schießbefehl des Innenministers ist keine Kraftprobe zwischen Polizei und Verbrecherwelt, sondern eine zwischen Polizei und Bevölkerung. Bei dieser Kraftprobe darf auf keinen Fall die Polizei triumphieren. Es ist nie von einem anderen Verdachtspunkt gegen die flüchtigen Autofahrer die Rede gewesen als eben dem, daß sie das Haltegebot und die Warnschüsse nicht achteten. Das allein besagt nicht viel; denn vielleicht ist einem solchen Flüchtigen das Zusammenreffen mit der Polizei aus recht harmlosen Gründen peinlich. Er mag keine Papiere bei sich führen, etwas über den Durst getrunken haben oder ohne Wissen des Autoeigentümers eine kleine Fahrt machen. Das könnte ihn seinen Führerschein kosten und ihm andere Unannehmlichkeiten eintragen. Deshalb darf man ihn aber nicht erschießen, und erst recht nicht seine Beifahrer. Wer weiß, ob ein Fahrer nicht auch die Polizeistreife für Autobanditen hält? Neuerdings haben sich ja die Banditen Uniformen zugelegt. Die Polizei mußte damit rechnen, daß die flüchtenden Autos aus Gründen nicht hielten, die einen Schußwaffengebrauch niemals rechtfertigen konnten. Der Minister mußte damit rechnen, daß sein Schießbefehl mehr Unheil anrichten als nützen würde. Das mindeste wäre gewesen, daß nach den tödlichen Schüssen andere Weisungen an die Polizei ausgegeben worden wären. Stattdessen hat der Innenminister alle Zweifel an der Richtigkeit seines eigenen und des Verhaltens seiner Polizisten mit Strafanzeigen pariert.

Es gibt nur einen Grund, der die Tötung eines anderen Menschen rechtfertigen kann: die Notwehr. Die Polizei darf mithin nur dann auf Flüchtige schießen, wenn mit Sicherheit feststeht, daß es sich um gefährliche Verbrecher handelt, und wenn sie dieser Verbrecher anders nicht habhaft werden kann. Verfehlt der Polizist aber den flüchtigen Verbrecher und schießt er z. B. einen harmlosen Passanten an, so wird gerichtlich geprüft, ob der Polizist auch nicht fahrlässig gehandelt hat. Ist das der Fall, wird der Polizist zur Rechenschaft gezogen. Daß die Verbrechensverfolgung keine Unschuldigen gefährdet, ist nämlich der höhere Grundsatz.

Man komme mir nicht damit, daß in anderen Ländern noch viel rücksichtsloser geschossen werde als in Deutschland. Wir sind hier nicht in anderen Ländern. Wir sind hier in einem Land, in dem besonders viele unschuldige Bürger auf obrigkeitlichen Befehl getötet worden sind. Wir sind daher empfindlich gegen solchen Schneid. Wir wünschen ihm nicht. Die obrigkeitlichen Schützen und ihre Vorgesetzten sollen sich das merken, welcher politischen Richtung sie auch jeweils angehören.

Der Fall in Nordrhein-Westfalen ist nur ein Symptom einer allgemeinen Entwicklung. Die Macht des Staates wächst, das Recht der Bürger schwindet. Die Souveränität wirft ihre Schatten voraus. Auch SPD-Innenminister und Polizeipräsidenten haben schon ähnliche Dinge gedeckt oder befürwortet wie der CDU-Innenminister in Nordrhein-Westfalen. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr stellte sich hinter den Innenminister von Nordrhein-Westfalen und seine Scharfschützen. Der interfraktionelle Landtagsausschuß hatte nichts gegen die Art des Vorgehens der Polizei einzuwenden. Ein SPD-Abgeordneter erklärte, es sei eine arge Entgleisung des Freundes Arndt gewesen, den Schußwaffengebrauch der Polizei zu kritisieren. Die hohen Ideale von Heiligkeit des Lebens und Menschenwürde verblassen von links bis rechts vor dem stolzen Bewußtsein, daß ein uniformierter Deutscher wieder schießen darf. Es liegt an uns, ob wir uns das gefallen lassen wollen oder nicht. Bei uns glaubt man immer noch, daß es nur einen starken Staat oder das Chaos geben kann. Deswegen die ohnmächtigmachtvollen Schüsse auf der Autobahn. Wenn diese Schüsse wenigstens den schlafenden Bundesbürger geweckt haben, so daß er sich anschießt, seine Rechte gegen den immer stärker werdenden Staat zu verteidigen, dann waren die Opfer der Autobahnräuberjagd nicht ganz umsonst.

Alexander Böhm

Alles, was wir haben

Vor einiger Zeit benötigte ein Prüfungskandidat dringend eine Abhandlung, die in der Institutsbibliothek nicht vorhanden war. Er suchte sie auch vergeblich in der Stadtbibliothek und bestellte sie schließlich durch die Fernleihe. Er dauerte zwei Wochen, dann bekam er die Abhandlung gegen eine Gebühr von 50 Pfennigen ausgeliehen. Er durfte sie aber nur im Lesesaal der Bibliothek benutzen, zu genau vorgeschriebenen Zeiten.

Das ist der gewöhnliche Weg. Die Pointe kam später, als unser Prüfungskandidat zufällig ein benachbartes Institut betrat und dort gerade das Werk fand, das er sich vorher hatte schicken lassen. Zu vermeiden wäre also der Zeitverlust gewesen, und auch die 50 Pfennige hätte er sparen können, wenn — ja, wenn er gewußt hätte, daß die Abhandlung zwei Treppen tiefer in einem anderen Institut vorhanden war.

Man kann verlangen, daß ein Student sich in den Bücherbeständen des Instituts oder Seminars, in dem er arbeitet, zurechtfindet. Außerdem hat jede Institutsbibliothek ihren Katalog, in dem verzeichnet steht, was aus dem Zusammenbruch gerettet und nach dem Krieg neu angeschafft wurde. Nicht aber verlangen kann man, daß ein Student der Germanistik die Bücherbestände des völkerkundlichen Instituts, des psychologischen Seminars und gar des medizin-historischen Instituts kennt. Zwar kommen Überschneidungen innerhalb der verschiedenen Wissensbereiche vor; aber deshalb ist es noch nicht nötig, die Kartei anderer Seminare auswendig zu lernen.

Nur wenige Institute besitzen heute wieder eine vollständige Sammlung auch nur der wichtigsten Werke. Nach dem Krieg versuchte man zu retten und neu zu erwerben, was nur aufzufinden war. So findet sich in den Instituten heute manches Buch, das für die Kollegen einer anderen Fachschaft noch wichtiger wäre. Ein Austausch ist aber kaum möglich, da die Bibliotheken unveräußerliches Institutseigentum sind; auch kann man nicht immer entscheiden, wer ein bestimmtes Werk am dringendsten benötigt.

Aus dieser Situation gibt es einen Ausweg. Wenigstens für die philosophische Fakultät, in der die besprochenen Probleme gehäuft auftreten, müßte es möglich sein, einen Sammelkatalog anzulegen von allen Werken, Abhandlungen und Arbeiten, die in den einzelnen Instituten vorhanden sind. Wichtig ist, daß so einmal eine Übersicht geschaffen wird über alles, was wir haben. An einem solchen Vorhaben müßten alle Institute gleichermaßen interessiert sein, denn letzten Endes würde ein Sammelkatalog zwar nicht die Neuanschaffungen erübrigen, aber manche Ergänzung alter Bestände unnötig machen. Wir können es uns nicht leisten, auch nur die geringste Möglichkeit zu übersehen.

Hellmut Kobusch

Graue Eminenz

Seit einigen Tagen ist die „graue Eminenz“ in unserer Universität zu sehen. Sie hat sich vor dem Rektorat niedergelassen.

Mag auch der künstlerische Wert der Plastik umstritten sein, wer Umstände und Umgebung betrachtet, sieht graue Schwer gedrunge belastet „dieser 36 Zentner wiegende Simpl“ (so ein Transporteur; siehe „Unveröffentlichte Gedanken und Aussprüche gewichtiger Persönlichkeiten unserer Uni“) die Eingangshalle. Grau, auf grauem Boden, vor grauer Rückwand, schaut er mit graugequälter Miene gegen eine langsam ergrauende Decke.

Hat man etwa bei der Um-Gestaltung der Halle diese graue Tendenz schon ein„kalk“uliert — hat etwa der Architekt selbst sich für die Anschaffung dieser Statue verwandt? In diesem Falle muß der graue Effekt gewollt sein. Ein verhängnisvoller Gedanke bei dem Schattendasein, das echte Lebensfreude unter der heutigen Jugend spielt. Sollte diese Abstimmung nicht gewollt sein, so wird der weitsichtige Architekt nachsichtig genug sein, die Eingangshalle umzufärben.

Die Haltung des Philosophen zeigt Abkehr von der Welt, die Hände sind müßig in den Schoß gelegt, die Stirn ist dem „Licht“ (Tiefstrahler) zugewandt. In Abkehr von der uns von den Griechen überlieferten Gestaltung des Denkers und des Geistes hat sich die Neuzeit zu dieser Form durchgerungen. So ist es nicht verwunderlich, daß die lichte, in die Höhe strebende Jünglingsgestalt, die als Leihgabe vorher uns an dieser Stelle grüßte, diesem gedrängten, erdenschweren Körper weichen mußte, dessen fast foetale Stellung Gebundenheit ausdrückt. O, daß er doch nicht das Ungelöste eines Noch-nicht-Menschen symbolisieren möge, oder etwa un-freien Geist!

Viele sagen, die Figur passe nicht hierher. Daß sie doch dasitzt, erregt die Frage nach der grauen Eminenz aufs neue. Wer hatte die „Kraft“, diese Plastik in all ihrer Gewichtigkeit nach Frankfurt zu ziehen? Ist sie insofern eine Mahnung an alle, daß die graue Eminenz weiterlebt, oder sollen unsere Studenten — „in hoc signo vinces“ — graue Eminenzen werden?

Soll sie uns aber warnen, nicht so viel zu büffeln, um nicht so zu werden „wie jener dort“, dann sollten wir der „großen Kraft“ dankbar sein.

textor

„... flott zusammengestellt ...“

„Damals war der Luftkampf noch fair“, versicherte der Sprecher des Hessischen Rundfunks, als in einer Fernseh-sendung („Dem Menschen Flügel geben“, Dokumente internationaler Luftfahrt) die Weltkriegsflieger Boelcke, Immelmann und Udet auf dem Bildschirm erschienen. Als das Programm beim zweiten Weltkrieg angelangt war, unterließ es der Sprecher, die vergesslichen unter den Zuschauern daran zu erinnern, was für ein Urteil seine Erklärung über diesen größeren Krieg enthielt. Angefangen hatte die ganze Geschichte sehr harmlos, bei Wieland dem Schmied, bei Dädalos und Ikaros. Auch Leonardos Flugmaschinen-Entwürfe waren noch nicht für den Krieg gedacht, ebenso wie die Ballons der Montgolfier und Blanchard, die nur ans Geschäft dachten; und Lilienthal, der draufgängerische Idealist, hatte nur die Verwirklichung eines menschlichen Traumes im Sinne. Kaum aber hatten die Gebrüder Wright ihre ersten Motorflüge gemacht, als die Generalstäbe Interesse für diesen „Sport“ zeigten. „Aber der Mensch versuchte, auch diese Erfindung zu einem Instrument des Krieges zu machen“, bemerkte der Fernsprecher, und es schien, als fühlte sich nun die Regie geradezu ermuntert, die militante Seite der Fliegerei mit einiger Ausschließlichkeit darzustellen. Besonders drastisch zeigte sich das, wenn — selbstverständlich nur deutsche — Bombergeschwader aufkreuzten, He 111, Ju 88, Do 17 und wie die „stolzen Maschinen“ alle hießen, die bekanntlich „wackelten“, wenn „den Feind der Teufel geholt“ hatte. Das Aufgehen der Schächte und das Fallen der Bomben offerierten die hessischen Fernsehleute ihren Zu-

schauern mit Vorliebe unter dem barbarischen Getöse des „Engelland-Liedes“. Am runden Tisch waren einige Herren versammelt, die von Zeit zu Zeit fachmännische Bemerkungen zu den Filmstreifen machten; zuweilen diskutierte man auch — manchmal sogar über Probleme der friedlichen Luftfahrt — aber am Ende kam es doch immer wieder auf Krieg hinaus. Die Flugkapitäne Wendel, Dittmar und Warsitz, die während des Krieges Einflieger bei Messerschmidt, Heinkel und Junkers waren, saßen als sympathische Sportsleute da und sprachen von „Geschwindigkeitsräuschen“, während es in Wahrheit doch darum gegangen war, die Gegner Hitler-Deutschlands mit schnelleren Maschinen „herunterzuholen“. Auch ein Amerikaner saß in der Runde der Fachleute, der Major Yaeger, der kürzlich die enorme Geschwindigkeit von 2700 Stundenkilometern erreichte. Er zeichnete sich durch ein stereotypes Lächeln aus, das er selbst dann nicht aufzugeben bereit war, als „Bomben, Bomben, Bomben auf Engelland“ dröhnte, und man merkte ihm keinerlei Unwillen darüber an, daß in der ganzen Sendung, die doch Dokumente internationaler Luftfahrt bieten wollte, nicht ein einziger amerikanischer Flugzeugtyp gezeigt wurde.

Vom Segelflug sowie von der internationalen zivilen Luftfahrt war — infolge Überbeanspruchung durch Görings Luftwaffe — so viel wie nichts zu sehen. „Alle Achtung! Daß es solche Filmstreifen überhaupt — beziehungsweise noch — gibt, hat man nicht erwartet“, schrieb die Neue Zeitung, die ihre „Kritik“ mit der Ermunterung abschloß „Frankfurt (gemeint ist die Fernseh-Abteilung des Hessischen Rundfunks) sollte auf jeden Fall diese Filmdokumente, flott zusammengestellt, wiederholen.“ Welcher deutscher Sender ließe sich so etwas zweimal sagen?

Eduard Döncken

Wenn Besuch kommt ...

Irgendwo in Hessen liegt ein kleines Städtchen — oh pardon, eine der stolzen hessischen Kreisstädte. Sie unterscheidet sich kaum von den anderen. Sie hat ein schönes, altherwürdiges Rathaus, etliche Schulen, weshalb sie sich auch gern „Stadt der Schulen“ nennt, darunter ein Realgymnasium, und auch sonst alle Institutionen, die zu einer Kreisstadt gehören, wie Landratsamt, Bauamt, Finanzamt, Amtsgericht, Kreissparkasse, eine eigene Zeitung und dergl. mehr.

Nun begab es sich vor kurzem, daß das alltägliche Leben dieses Städtchens durch eine große Aufregung unterbrochen wurde. Es war um die Zeit, als in Bonn der äthiopische Kaiser Haile Selassie mit viel offiziellem Aufwand, Jubel und Begeisterung begrüßt wurde. Auch unsere Kreisstadt erwartete einen „großen“ Mann: den Ministerpräsidenten. Der Bürgermeister richtete also einen Aufruf an seine Mitbürger, die Häuser zu schmücken, Fahnen und Fähnchen zu hissen und den hohen Herrn auf den Straßen zu empfangen. Anscheinend befürchtete man aber, daß der Aufruf wenig Gehör fände. Deshalb wandte sich die Gemeindegemeinschaft auch an die Schulen: Die Direktoren und Direktoren sollten doch so freundlich sein, den ihnen anvertrauten Kindern einmal einen unterrichtsfreien Tag zu gewähren. Im übrigen würde es dem Ansehen der Stadt bestimmt nicht schaden, wenn Schulkinder Spalier stünden, um mit Jubel und Begeisterung den hohen Besuch aus der Landeshauptstadt zu begrüßen.

Die Schulleiter kamen — ob gern oder ungern, sei hier gar nicht untersucht — diesem Wunsch des Stadtoberhauptes nach. Und zwar alle, ohne Ausnahme. Warum wohl? Fürchteten sie, die Gunst des Herrn Bürgermeisters zu verscherzen? Oder die des Landeshauptmanns?

Was trieb wohl den Direktor des Realgymnasiums? Seine (sozial-)demokratische Gesinnung? Oder wollte er für den Neubau seiner Schule einen recht hohen staatlichen Zuschuß bekommen? Ist das die Art, wie man Schüler zu Staatsbürgern erzieht?

Nach Bonn kam ein Kaiser, nicht nur von der ältesten aller Dynastien, sondern auch der letzte aller Kaiser auf diesem Planeten. Dazu gehört schon ein wenig Protokoll und Byzanzen. Aber ein Ministerpräsident sollte sich die Popularität nicht vom Spalier zu pflücken brauchen.

K.-L. Inger



RHEIN-MAIN BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

Depositenkassen in Frankfurt a. M.:

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · Opernplatz, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · Schweizerstraße, Schweizerstraße 27 · Großmarkthalle, Rückertstraße 4, Westanbau

55 Niederlassungen im süddeutschen Raum

Sei blind — oder Du siehst rot

(Fortsetzung von Seite 1)

deutschen Studenten in einem freien, geeinten Deutschland wieder zusammenzuführen“. Wir sind geneigt, die Zuständigkeit des VDS für solche Aufgaben zu bezweifeln, und ganz und gar überzeugt, daß heute solche Versicherungen keinen Menschen mehr interessieren, wenn nicht zugleich entsprechend konkrete Angaben über die einschlagenden Wege gemacht werden. Auch die obligatorische Solidaritätserklärung mit den unterdrückten mitteleuropäischen Studenten hätte man sich ersparen können, denn sie gewinnt anders allein Nachdruck denn durch Wiederholung. Von der Solidität solcher großtönenden Kundgaben zeugte etwa eine im vergangenen Sommer in Frankfurt durchgeführte Solidaritätssammlung, bei der nahezu 6000 Studenten wenig mehr als 100 DM zu spenden sich bereit fanden.

Die Berliner DK hätte besser daran getan, sich stillschweigend zu vertagen und weiterhin geduldig zu harrn auf einen „Entwurf gesamtdeutscher Aktivitäten zu verstärkter privater Kontaktaufnahme“, den der Vorstand des VDS im Februar vorlegen will. Warum nur mußten die geistig Überforderten das Ergebnis ihrer Gedankenlosigkeit vor aller Welt demonstrieren und es zum bindenden Dogma der VDS-Politik erklären? Man hätte sich manche peinliche Verlegenheit erspart...

Krawall um Sawall

Denn einen halben Tag später erfolgte der erste Kurzschluß in der neugelegten Leitung. Der eben erst zurückgetretene Präsident des VDS, Edmund Sawall, begab sich in das Haus der Freien Deutschen Jugend in Ost-Berlin. Nicht um sich dort ständig niederzulassen, sondern um anderthalb Stunden mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der FDJ, Erich Honecker, und dem Sekretär für Hochschulangelegenheiten, Sepp Römisch, über Möglichkeiten des studentischen Ost-West-Kontakts zu diskutieren. Der VDS-Vorstand sah sich durch diese „private“ aber deutliche Mißbilligung des DK-Beschlusses aufs äußerste provoziert und zu einer neuen Presseinformation veranlaßt: „Der Vorstand bedauert...“. Das Amt für Gesamtdeutsche Fragen sprach von Vertrauensbruch und hatte damit zweifellos recht. Es gab eine eigene Stellungnahme zu diesem Fall und zu kursierenden Gerüchten, und diese ist, weil äußerst aufschlußreich, der Fall Sawall schon wert.

Interessante Enthüllungen

Erinnern wir uns zuvor noch einmal der komplizierten Wahl Sawalls im Mai dieses Jahres. Erst in der 11. Runde hatte er seine Gegner k. o. geschlagen, er, der keiner studentischen Vereinigung angehörte, sondern allein sein persönliches Prestige in die Wagschale zu werfen hatte. Vielleicht war sein Sieg gar keiner, sondern nur ein fader Kompromiß der Verbandspäpste? Vielleicht wählte man den Schwächsten, weil man sich nicht auf einen Starken einigen wollte? Das hätte sich auch bitter gerächt und trafe die Delegierten mehr als Sawall. Dieser, im Mai nach seinen Plänen befragt, äußerte sich auch zur Politik des AGSF in einer vorsichtigen Distanzierung und meinte, daß sich diese nicht immer in Kongruenz mit der Ansicht des Plenums befunden habe. Auf diesem Hintergrund kommt der verzweifelten Aktion eine Bedeutung zu, die ein beschwichtigendes Gemunkel von „Geltungsbedürfnis“ und „Wichtigtuerei“ anscheinend nicht wahrhaben möchte.

Sicherlich ist die Art und Weise von Sawalls Vorgehens durchaus nicht zu rechtfertigen und gutzuheißen. Nichts weist darauf hin, daß er unter Einsatz seines ganzen Prestiges und aller Aktivität auf der DK gegen den armseligen Beschluß Stellung genommen hat. Das ist um so erstaunlicher, als man in der Erklärung des AGSF die Existenz einer ganzen Gruppe von Gegnern solcher VDS-Politik nicht etwa leugnet, sondern sich nur vorsichtig von ihr unterscheidet. Und verwunderlich bleibt bei solch offensichtlicher Mißbilligung das Zustandekommen der verhängnisvollen Resolution, die auch noch „mit großer Mehrheit“ angenommen worden sein soll.

Das Memorandum

Langsam nur lichtet sich der Nebel, der seit der Gründung des AGSF um seine Tätigkeit und politische Bindung wogt. Seine Geschäftigkeit blieb im wesentlichen verborgen. Nun erfahren wir wenigstens einmal von einem Memorandum, das im Auftrag des VDS-Vorstandes ausgearbeitet wurde und Fragen des West-Ost-Kontaktes behandelt. So befaßt es sich auch „mit allen Möglichkeiten gesamtdeutscher Aktivität der deutschen Studentenschaft und erwähnt in diesem Sinne auch die natürlich äußerste Möglichkeit einer Fühlungnahme mit der Freien Deutschen Jugend“. Da man Sawall beschuldigt, einen Teil dieser angegebenen Möglichkeiten zur Sprache gebracht zu haben, lassen sich wenigstens einige konkrete Angaben des Memorandums erahnen. Sawall will mit Honecker über die Freilassung inhaftierter Dozenten und Studenten, die Zulassung studentischer Vereinigungen und über Inspektionsreisen von VDS-Vertretern nach Mitteleuropa gesprochen haben. Sicherlich werden damit die „äußersten Möglichkeiten einer Fühlungnahme“ einigermaßen konkret bestimmt.

Allzu hochtrabend

Wir hoffen denn auch, daß es wirklich nur „äußerste Möglichkeiten“ sind, die da anvisiert wurden, und nicht etwa nur die einzigen. Insofern wäre dann das Unternehmen Sawalls wirklich das Resultat größtmöglicher Dummheit. Denn man greift eben, wenn man einen Anfang machen will, nicht gleich nach den Sternen, sondern versichert sich erst einmal des Nächstmöglichen.

Vielleicht aber mangelt dem ganzen VDS und AGSF der Blick hierfür. Wie soll man sich sonst die Phrase des DK-Beschlusses erklären, der VDS wolle „alle deutschen Studenten in einem freien, geeinten Deutschland wieder zusammenführen“. Drastischer vermag man die Verkennung der eigentlichen Aufgaben nicht zu formulieren. Dieser Wunsch kann doch nur pathetisches Getöse sein, und wenn er ernst gemeint ist, peinliches Eingeständnis politischer Naivität. Denn bis heute waren wir immer der Meinung, die Wiedervereinigung würde nicht vom VDS-Vorstand ausgehandelt, sondern von den Staatsmännern der Großmächte, und es bedürfe nicht nur einer Zustimmung Honeckers, sondern der der Sowjetunion, die wohl beide nicht direkt vergleichbar sind.

Bundesminister Kaiser hat auf der Vollversammlung des Deutschen Jugendringes in Wiesbaden sehr richtig festgestellt, daß sich das politische Bemühen um die Wiedervereinigung auf der Ebene der Weltpolitik vollzieht. Den Herren des VDS und des AGSF wollen wir nicht unterstellen, daß sie sich zumuten, auf dieser Ebene mitzumischen zu können. Ihre dringenden Aufgaben liegen in ganz anderen Bereichen und sind durchaus nicht abhängig von der Lösung der letzten Fragen. Sie würden sonst nur auf einem Kurs beharren, den die Sowjetzone schon jahrelang propagiert und einst darauf ihre Weigerung gründete, man könnte ohne globale Lösung keinen zusätzlichen Interzonenzug fahren lassen. Daß es doch möglich war, erwies sich später.

Der DISKUS hat dazu wiederholt geäußert, daß Wiederverständigen und Wiederbegegnen die nächstliegenden Aufgaben sind, die ohne jedes staatspolitische Pathos erfüllt werden müssen und können. Aber das ist nicht die Aufgabe des VDS oder des AGSF allein, sondern eine Aufgabe für viele, wenn nicht alle Studenten; und Vorstände haben darin nichts zu untersagen, sondern nur organisatorisch zu helfen.

Parteilpolitische Verkrampfung

Hat der DK-Beschluß schon eine verblüffende Ähnlichkeit mit jenen Bundestagsresolutionen zur Ost-West-Frage, deren starre Formulierungen dem Denkschema einer Mehrheitspartei entsprechen, so weist in der Stellungnahme des AGSF noch manch anderes auf ein recht einseitiges politisches Engagement. Das kann dadurch nicht vertuscht werden, daß man von einer Rücksprache des Vorstandes mit den drei großen Parteien spricht, wobei unglücklicherweise Terminschwierigkeiten Brentanos den Verdacht aufkommen ließen, zu verhandeln brauchte man bloß noch mit FDP-Dehler und SPD-Wehner. Sehr aufschlußreich war ferner ein Passus, der sich in jenem Memorandum befinden soll und der besagt, daß „alle einschneidenden Änderungen der gesamtdeutschen Politik des VDS nur nach Absprache mit den entscheidenden politischen Gremien der Bundesrepublik erfolgen dürfen“. So stellt es sich denn nun endlich in aller Öffentlichkeit heraus, daß der VDS und das Amt das Recht zur selbständigen Stellungnahme der Studenten preisgegeben und gegen wer weiß was für ein Butterbrot eingehandelt haben.

Kein politisches Mandant

Anläßlich der politischen Diskussionen in Andechs im Mai d. J. hatte der DISKUS nachdrücklich betont, daß mit der Wahl der Studentenvertreter diesen kein politisches Mandat übertragen werde, und daß deshalb das Plenum der Delegierten für politische Entscheidungen in keiner Weise zuständig und bindend ist. Gerade eine einseitige parteipolitische Orientierung des AGSF würde uns des entscheidenden Arguments gegen unsere politischen Gegner in Mitteleuropa berauben, nämlich: daß sie nicht die Interessen der Studentenschaft vertreten, sondern allein den politischen Zielen des Regimes dienen. Auch unsere Vertreter, obzwar frei gewählt, wären praktisch zu bloßen Funktionären eines Ministeriums degradiert.

Erdrosselte Initiative

Die Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen würden den Rang untergeordneter Befehlsempfänger bekleiden und am besten ausgesucht werden nach dem Grad der mangelnden Initiative. Schon heute erweist sich der Berliner Beschluß gut dafür — so etwa zum freundlichen Abweisen unserer Zumutung an Gesamtdeutsche Referenten anderer Universitäten, sie möchten sich einmal über die eigene Arbeit und über die verfolgten Ziele äußern. Wie brav die Anweisungen befolgt werden, zeigt ferner die Verweigerung eines Gesprächs mit Leipziger Studenten, die die Freiburger Universität besuchten. Statt daß die Frage der Wiedervereinigung zum Anliegen noch des letzten Studenten gemacht und dieser aus seiner politischen Trägheit herausgezogen wird, beugt man sich bereitwillig vor der alles lenkenden Zentralinstanz. Der Unterschied zur östlichen Funktionalität schwindet. Daß alle Welt solches in Ordnung findet, macht die Sache nicht besser. Aber wenn wir nun sehen müssen, daß diese Stagnation auf alle Lebensbereiche übergreift, wird uns ängstlich zu Mute. Und wenn die gängige Kurzsichtigkeit auch von den Studenten erwartet wird, indem man sie in gültige Alternativschema (sei blind — oder du siehst rot) zwängt, so darf man sich über unsere Erbitterung nicht wundern.

Sawall, nun der ‚dritte Mann‘ nach seinem großen Vorbild John und dem kleineren Schmidt-Wittmack, selbst noch wesentlich unbedeutender und in klarer Erkenntnis dessen auch nicht

so konsequent, gleich drüber zu bleiben, wird gewiß persönliche Kümmerlichkeit, pathologische Sensibilität mit übersteigertem Geltungsbedürfnis, geistige Wirrnis und manch nettes mehr bescheinigt bekommen. Solches Verfahren hat sich in der Praxis länger bewährt und ist historisch geworden als die biedermännische Entschuldigung derer, die jeweils an der Erhebung des vom Stengel Gefallenen beteiligt waren. Und es wird sich damit wieder ein dichter Nebel um die eigentlichen Mißstände lagern, die solche Eruptionen hervorrufen und die nur durch radikalen Eingriff ausgerottet werden können. Aber dies Erfordernis, in unserem Fall eine gründliche Neuorientierung der gesamtdeutschen Politik des VDS und AGSF, wird freilich nun erst recht zurückgewiesen werden mit der bequemen Entschuldigung: wie könnte man ausgerechnet jetzt, da Sawall doch alles vermasselt hat...

Damit wäre man denn wieder getreu den historischen Vorbildern gewesen, die für die andere, uns recht dünkende Reaktion freilich fehlen. Deshalb bestehen erhebliche Zweifel...

E. Pause

Die Koexistenznarkose

Erfreulich lebendig war die Diskussion im Frankfurter Studentenhause über die Moskareise eines Kommilitonen. Er gab keine bloße Reiseschilderung, vielmehr kam es ihm wesentlich auf die Möglichkeiten einer vorurteilsfreien Zusammenarbeit der Studenten der östlichen und der westlichen Welt an, die er auf Grund seiner Eindrücke für gegeben hält, auf Studentenaustausch mit Moskau, die Kennntnahme der anderen Ideologie, kurz gesagt, auf die Verwirklichung der Koexistenz im Lebensbereich der jungen Akademiker.

Der Mensch ist des Krieges im allgemeinen müde und nicht zuletzt deshalb die Völkerverständigung gut im Schwange. Es fiel daher den Zuhörern zunächst offensichtlich nicht schwer, einem solchen friedlich motivierten Projekt zuzustimmen, wie es der Austausch Moskau—Frankfurt wäre. Es fiel ihnen sogar so leicht, daß der Redner widerspruchlos suggerieren konnte, Schwierigkeiten seien dabei mindestens im gleichen Maße wie von der sowjetischen auch von der Bundesregierung zu erwarten.

Auch wer zunächst glaubte, daß es sich hier um eine Aktion des guten Willens handele, mußte bald erkennen, daß der Vortragende im besten Falle ein naiver Idealist war. Im besten Falle, weil die Argumente, die er näher befragt gebrauchte, in diese Charakterisierung schon nicht mehr hineinpassen. So war er zum Beispiel der Meinung, daß man östliche Publikationen auf dem Flur des Studentenhauses nur nach einem scheuen Rundblick lesen könne. Er behauptete, daß Kommunisten hier genau so verfolgt würden, wie Antikommunisten hinter dem eisernen Vorhang und er war der Meinung, daß man mit der Sowjetunion so gut oder so wenig wie mit Frankreich Austausch treiben dürfe, weil hier genau wie dort noch deutsche Soldaten zurückgehalten würden.

Es ließe sich ein objektiverer Vergleich denken zwischen der Art der Gerichtsverfahren, zwischen Delikt und Strafmaß, gemessen am Verhältnis zum Strafvollzug in den beiden angeführten Ländern. — Argumente dieser Kategorie im einzelnen zu widerlegen, erübrigt sich.

Die von erfahrenen Spezialisten wohlgeleiteten und zum mindesten gut abgeschirmten Eindrücke einer kurzen Moskareise sollte man nicht zur Grundlage seines politischen Denkens machen. Denn einiges gibt es ja zu bedenken, schon bevor einer solchen Einladung nachkommt, und wir erhielten keine genügende Antwort dazu, wie es mit diesen Bedenken nach den persönlichen Reiseerfahrungen steht. Es gibt doch, um nur ein Beispiel zu nennen, für einen russischen Studenten keine Möglichkeit, zu einer Tagung westlicher Studenten nach Bonn zu fahren, wenn er Lust dazu verspürt. Nur wenn es dem System gelegen kommt, darf er reisen. Dann fährt er, ob er will oder nicht.

Der Redner behauptete, die Menschen unter dem Kommunismus hätten eine andere Freiheit — die er allerdings vergaß zu definieren. Man kann das Schicksal, das Millionen Zwangsarbeiter, Eingekerkerte und Hingerichtete getroffen hat, nicht mit der Behauptung entschuldigen, bei der raschen Umformung zu einer kommunistischen Gesellschaft seien solche Härten unvermeidlich. Der Redner machte es sich zu einfach, wenn er dazu meinte, die Unfreiheit im Sowjetsystem brauche nicht ewig zu dauern. Diese vier Jahrzehnte alte Zukunftstheorie hat mangels jeden Beweises ihren Wert verloren.

In Wirklichkeit ist an die Stelle der verheißenden Einführung der Freiheit militärische Besetzung aller benachbarten westlichen Staaten und die Errichtung neuer Sowjetsysteme getreten. Wenn heute von Koexistenz gesprochen wird, so überzeugt es nicht, daß der Eisernen Vorhang an einigen Stellen gelüpft wird, damit einige westliche Studenten oder andere Privatpersonen nach Moskau fahren und dort Reden unter ähnlichgesinnten Westlern halten dürfen. Die Auffassung, die sie von ihrer Reise mitbringen, ist nur eine verbesserte Technik der Infiltration, gegen die wir schon immun wurden.

Unter diesen Umständen ist es offenbar fehl am Platze, dem Rezept des Referenten zu folgen und zuerst einen Pflock zurückzustecken. Die Strecke Weges, die der Westen zum Nutzen gegenseitiger Annäherung zurücksteckt, ist verloren. Wir sollten — hierin sei dem Redner wenn auch aus anderen Motiven zugestimmt — Ideologie, Wesen und notwendige Ziele des Bolschewismus mit Eifer studieren, um ihn, der sich in Zukunft noch stärker in allerlei rosigen Verkleidungen unter uns mischen wird, erkennen und uns ihm stellen zu können.

Daneben ist es keineswegs notwendig, die Härten unseres Wirtschaftssystems zu verharmlosen oder gar zu ignorieren. Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß sie auch mit menschlich erträglichen Methoden abzulösen sind, die keine Preisgabe der Individualität notwendig machen. Die Arbeit daran erscheint mehr Einsatz wert, als die Rehabilitierung eines Systems, das seine Unmoral — wenn auch oft als Wolf im Schafspelz — täglich demonstriert.

R. Clusius

Hinweis

Von der Zeitschrift „Offene Welt“ (herausgegeben vom Verein zur Förderung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Bildung, Frankfurt, Hauffstraße 5) erschien als September—Oktoberheft eine Sammlung von Aufsätzen, die sich höchst unoffiziell mit dem deutsch-französischen Verhältnis befassen. Als Mittel gegen die mit oder ohne Propaganda schon wieder gründliche Verhärtung unserer Denke in allem, was diese wichtigste Frage unserer Politik betrifft, empfehlen wir seine Lektüre angelegentlich.

Gestützt auf eine jahrzehntelange Erfahrung und mit dem Willen zu fortschrittlicher Leistung arbeiten wir an den Aufgaben, die unsere Zeit verlangt.

FARBWERKE HOECHSTAG, vormals Meister Lucius & Brüning Frankfurt (M)-Hoechst



VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

Akademische Ehrung für Mitglieder unserer Vereinigung

Traditionsgemäß wurden auch bei der diesjährigen Feier der Rektorsübergabe in der Johann Wolfgang Goethe-Universität akademische Ehrungen ausgesprochen. Die Würde des Ehrendoktors wurde verliehen an den Präsidenten des Zentralbankrates der Bank deutscher Länder, Carl Bernard, an den Präsidenten des Direktoriums der gleichen Bank, Geh. Finanzrat Dr. iur. Wilhelm Vocke, und an den Direktor der Quarzlampengesellschaft m.b.H. in Hanau, Franz Günther.

Die Würde eines Ehrenbürgers der Universität wurde verliehen an das Vorstandsmitglied der Farbwerke Höchst, Dr. phil. Michael Erlenbach.

ORIENT-INSTITUT FRANKFURT AM MAIN

Einladung zu einem Vortrag von

Frau Dr. Ingeborg Beyer

über

„Zu den antiken Weltstädten in Westanatolien“

(mit farbigen Lichtbildern)

am Samstag, 11. Dezember 1954, 18.00 Uhr,
im großen Hörsaal des Senckenbergmuseums
(Dauer etwa eine Stunde)

Stadtrat Dr. H. Reinert, Vorsitzender

Eintritt frei für Mitglieder der „Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“

Interessenten, die die Vorträge des Orient-Institutes laufend zu besuchen wünschen, bitten wir, ihre Anschrift beim Büro des Institutes, Savignystraße 65, Tel. 74 164, aufzugeben. Sie erhalten alsdann zu allen Vorträgen persönliche Einladungen.

Neue Mitglieder

- Dr. Ing. e. h. Otto Koehn, stellvertr. Vorsitzender des Vorstandes d. Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft, (16) Frankfurt am Main, Hochhaus Süd
Dr. Christian Gutberlet, Wirtschaftsprüfer, (16) Frankfurt am Main, Anzengruberstr. 11
Else Landsberg, (16) Frankfurt am Main, Marbachweg 248
Patentanwalt Max M. Wirth, (16) Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Str. 39
DECHEMA Deutsche Gesellschaft für Chemisches Apparatewesen, (16) Frankfurt am Main, Rheingauallee 25
J. G. Lorey Sohn Nachf., (16) Frankfurt am Main, Schillerstraße 16
J. & W. Proesler, Bauausführungen, (16) Frankfurt a. M., Westerbachstr. 34
Käte Ahlers, Inh. d. Fa. Ferd. Flinsch, (16) Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 59/63
Will Horster, (16) Frankfurt am Main, Staufstraße 32
Prof. Dr. Hans Muthesius, (16) Frankfurt am Main, Schenkendorfstraße 17
Ministerialdirektor Karl Wittrock, (16) Wiesbaden, Grillparzerstraße 19
Deutsche Kohlenbürsten- und Elemente-Fabrik CARBONE AG., (16) Frankfurt/Main-Bonames, Postschließfach
Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft mbH., (16) Frankfurt am Main, Platz der Republik, Festhalle
D. Carola Barth, Oberstudiendirektorin i. R., (16) Frankfurt am Main, Niedenau 52
„Costarica“ Kaffeehandel, Inh. Herr Th. Rossbach, (16) Frankfurt am Main, Goethestraße 25
Dr. Gustav Küpper, Rechtsanwalt und Notar, (16) Frankfurt am Main, Lindenring 35
Dr. Karl Max von Hellingrath, Berliner Handelsgesellschaft, (16) Frankfurt am Main, Taunusanlage 10
Dr. Egon Overbeck, (16) Frankfurt am Main, Eschersheimer Landstraße 466
Gustav Dessecker, Fabrikdirektor i. R., (16) Frankfurt a. M., Vogelweidstr. 8
Dr. Georg Fahr, (16) Frankfurt am Main, Dittmarstraße 19
Generaldirektor Dr. Kurt Hamann, Victoria-Versicherung, Düsseldorf, Bahnstraße 2-8
Patentanwalt Dipl.-Ing. Peter Wirth, (16) Frankfurt/M., Gr. Eschenh. Str. 39
Adam Opel AG., Rüsselsheim am Main
Frankfurter Bund für Volksbildung, (16) Frankfurt am Main, Oederweg 1
Prof. Dr. jur. Heinrich Friedlaender, Rechtsanwalt, und Frau, (16) Frankfurt am Main, Fürstenbergerstraße 139
Professor Hedwig Erler, (16) Frankfurt am Main, Flughafenstraße 8
Prof. Dr. med. Werner Grüning, Facharzt für innere Medizin, Kronach/Ofr., Kreis Krankenhaus
Dr. phil. Ernst A. Struss, (16) Frankfurt am Main, Gärtnerweg 59
Georg Stritt & Co., (16) Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 182-184
Zentralverband der elektrotechnischen Industrie e. V., (16) Frankfurt a. M., Am Hauptbahnhof 12
Dr. Heinrich von Brentano, M. d. B., Bonn/Rhein, Bundeshaus, Görresstraße
Dr. jur. Heinz Fotheringham, Wiesbaden, Dotzheimer Straße 84
Prof. Dr. Johannes Hirschberger, (16) Frankfurt/Main-Riederwald, Schäfflestraße 19 II.

Zur Missionswoche

Die Katholische Studentengemeinde der Frankfurter Universität beabsichtigt in diesem Semester mit einer Missionswoche hervorzutreten. Eine Studentenmission ist für Frankfurt etwas Neues, und es wird für uns interessant sein, die Reaktion der Studierenden hierzu festzustellen.

Mit sorgfältig ausgewählten Themen, die in dieser Woche systematisch behandelt werden, will man versuchen, die Frankfurter Studentenschaft anzusprechen. Die Vortragenden sind uns nicht unbekannt. Aus der Initiative des Studentenpfarrers P. Stephan Richter O. f. m., ist das Studentenwohnheim Haus Michael in Kiel entstanden, eines der modernsten in Deutschland. Besonders interessant ist dieses Heim, in dem auch beispielsweise die Studenten und Studentinnen nicht getrennt wohnen, dadurch, daß die Verwaltung ganz in den Händen der Heimbewohner liegt. Der zweite Referent, P. Dr. Gerhard Koch S. J., ist Studentenfarrer in Marburg. Die Marburger Studenten lieben ihn wegen seiner Menschlichkeit, seiner Sachlichkeit und danken

ihm vor allem sein Verständnis für die dem Christentum entfremdete studentische Jugend, deren Probleme er kennt und mit der er über christliche Gedankengänge zu reden versteht. P. Koch hält als einziger Dozent an der Marburger Universität Vorlesungen in katholischer Theologie. Das ist eine besondere Leistung, da es dort nur eine evangelische theologische Fakultät mit so berühmten Gelehrten wie Rudolf Bultmann und Friedrich Heiler gibt.

Es ist geplant, zu der Mission moderne Werbemittel einzusetzen. Studentenfarrer Dessauer teilte uns mit, daß er an einem kritischen Echo zu dieser Aktion interessiert sei. Der Zweck der Missionswoche sei, alle außenstehenden katholischen Studenten anzusprechen und zu erreichen. Er betonte besonders, daß nichts unternommen werde, um in den Bereich der evangelischen Studentenschaft einzudringen. Seit Jahren verbinde die Evangelische und Katholische Studentengemeinde eine vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit. H. Lehmann-Dronke

Studenten halten Mission:

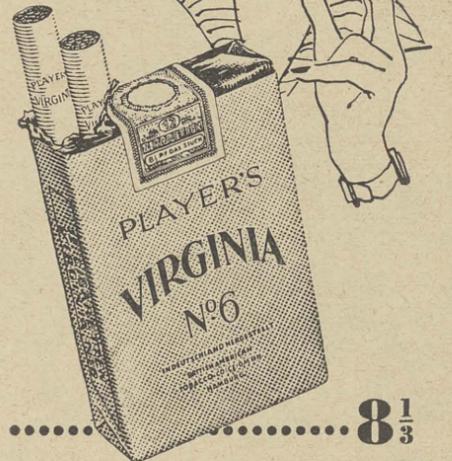
DIE FREIHEIT DER KINDER GOTTES

Missionswoche der Frankfurter katholischen Studierenden

vom Sonntag, den 16. bis Sonntag, den 23. Januar 1955

Näheres in der Januarnummer des Diskus

rauche
stanne
gute
Laune



eine echte Player's

Hochschulnachrichten

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Staatssekretär Prof. Dr. Walter Hallstein wurde zum korrespondierenden Mitglied des „Hellenic Institute of International and Foreign Law“ Athen ernannt; außerdem wurde ihm das Großkreuz des Georg I Ordens (Griechenland) und das Großkreuz des Argentinischen Verdienstordens verliehen.

Philosophische Fakultät

Prof. Dr. Paul Thiemme hat einen Ruf an die Yale-Universität angenommen.

Naturwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Dr. Boris Rajewsky wurde zum Ehrenmitglied der Österreichischen Röntgen-Gesellschaft gewählt.

Priv.-Doz. Dr. Günter Haase (Angewandte Physik) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Medizinische Fakultät

Priv.-Doz. Medizinaldirektor Dr. Otto Schmith ist anlässlich des Kongresses der Deutschen Sozialhygienischen Gesellschaft in Düsseldorf zum I. Vorsitzenden für das folgende Jahr gewählt worden.

Philosophische Fakultät

Priv.-Doz. Dr. Manfred Mayrhofer von der Universität Würzburg wurde beauftragt, die Dienstgeschäfte des Extraordinariats für Indogermanische Sprachwissenschaft für die Dauer des Wintersemesters 1954/55 kommissarisch wahrzunehmen.

Prof. Dr. theol. Wilhelm Heinen, Fulda, erhielt einen Lehrauftrag für „Moraltheologie“.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Herr H. F. J. Kropff, Frankfurt a. M., hat einen Lehrauftrag für „Werbewesen (Wirtschaftswerbung)“ erhalten.

Gießen

Als Nachfolger für den em. Prof. Dr. Robert Feulgen wurde Privatdozent Dr. med. et Dr. phil. Günther Weitzel von der Biochemischen Abteilung des Max-Planck-Instituts in Göttingen unter gleichzeitiger Ernennung zum ordentlichen Professor auf den Lehrstuhl für Physiologische Chemie berufen und zum Direktor des Physiologisch-chemischen Instituts ernannt.

Privatdozent Dr. Dr. Adam Horn, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Wirtschaftswissenschaften, wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf zum Diätendozenten ernannt.

Prof. Dr. W. E. Ankel, Direktor des Zoologischen Instituts, wurde aufgefordert, auf dem Symposium: „Topics of International Concern in the Life Sciences“ der „International Union of Biological Sciences“, in Rom im April 1955 ein Referat über Unterricht und Erziehung in der Biologie zu übernehmen.

Katholische Studentengemeinde

Studentenmission

Die Frankfurter Katholische Studentengemeinde führt im Wintersemester erstmalig in der Zeit vom Sonntag, dem 16. Januar, bis Sonntag, den 23. Januar, eine Studentenmission durch. Sie steht unter dem Thema „Die Freiheit der Kinder Gottes“. Als Prediger wurden die Studentenfarrer P. Dr. Gerhard Koch S. J. Marburg, und P. Stephan Richter O. f. m., Kiel, gewonnen.

Alle katholischen Studierenden Frankfurts werden gebeten, sich die Missionswoche freizuhalten und an der Mission teilzunehmen. Das vollständige Programm wird den Studierenden in den Weihnachtsferien zugesandt.

Sonstige Veranstaltungen

Weihnachtsmusik: Freitag, den 17. Dezember, 19.30 Uhr s. t., Allerheiligenkirche (am Zoo). Orgel- und Chorwerke alter Meister, gestaltet vom „Singskreis der KSC“ und Gerhard Ziebarth (Orgel).

Skilager von Sonntag, dem 26. Dezember, bis Donnerstag, dem 6. Januar 1955, in Pöchl an der Enns, Obersteiermark. Der Preis für die Reise, volle Verpflegung und Unterkunft beträgt 90,— DM. Den Teilnehmern wird der Abschluß einer Unfallversicherung zur Pflicht gemacht. (ISIS-Versicherung 13,— DM.) Nähere Einzelheiten am Schwarzen Brett, Anmeldungen bis 25. November.

Sprechzeit des Studentenfarrers: Dienstags und donnerstags 15.00—17.30 Uhr (Vorankündigung wird empfohlen) sowie freitags 15.00—16.30 Uhr im Studentenhause der Universität, Jügelstraße 1, Zi. 34. Vormittags keine Sprechzeit. Telefon: 7 58 82.

Das Sekretariat der Studentengemeinde, Studentenhause der Universität ist geöffnet: Montags und samstags 10—12 Uhr, dienstags, donnerstags, freitags 15—17.30 Uhr, mittwochs geschlossen. Außerhalb dieser Zeiten ist das Sekretariat geschlossen.

Evangelische Studentengemeinde

Gottesdienste: Jeden Sonntag, 10.00 Uhr, Kapelle des Studentenhauses (außer 26. 12., 2. 1., 9. 1.).

Vorträge: 8. 12., 19.15 Uhr, Aula der Universität: „Heilig Vaterland“, es spricht Studentenfarrer Horst Bannach, Generalsekretär der ev. Studentengemeinden in Deutschland.

15. 12., 19.15 Uhr, Kapelle des Studentenhauses: „Die Heilige Familie“, es spricht Studentenfarrer Dr. Wolfgang Böhme.

12. Dezember, 16.00 Uhr, Gr. Klubraum des Studentenhauses: Adventsingen.

17. Dezember, 19.15 Uhr, Kapelle des Studentenhauses: Weihnachtsfeier für ev. Studenten, anschließend: Geselliges Beisammensein in Mensa II.

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch-Düsseldorf-B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. Angebote unverbindlich!

Rektoratsübergabe in Frankfurt

In einer akademischen Feierstunde übergab der scheidende Rektor, Prof. Dr. Gans, das Rektorat für die nächsten zwei Semester seinem gewählten Nachfolger Prof. Dr. Fritz Neumark.

Prof. Gans stellte an den Anfang seines Rechenschaftsberichtes einen kurzen Überblick über die 40jährige Geschichte der Frankfurter Universität. Erst 1953 sei es gelungen, den Unterhalt der

nem Dank an alle Stellen, die ihm in seinem schweren Amt halfen.

Nach der Übergabe sprach Se. Magnifizienz Prof. Neumark über „Wirtschaftsprobleme im Spiegel des modernen Romans“. (Der Text dieser Rede erscheint in der Sammlung „Frankfurter Universitätsreden“.)

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät verlieh während der Feier die Würde eines Dr. iur. h. c. an den Präsident des Zentralbankrates der Bank deutscher Länder, Karl Bernard; Titel und Würde eines Doktors der Medizin ehrenhalber wurden von der Medizinischen Fakultät an den Direktor der Quarzlampengesellschaft mbH. in Hanau, Herrn Franz Günther, verliehen. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät ehrte den Präsidenten des Direktoriums der Bank deutscher Länder, Geheimen Finanzrat Dr. iur. Wilhelm Vocke durch Verleihung der Würde eines Dr. rer. pol. h. c. Die Universität ernannte durch den scheidenden Rektor das Vorstandsmitglied der Farbwerke Höchst, Dr. phil. Michael Erlenbach, zum Ehrenbürger.

Im Anschluß an den Festakt wurde eine von Finanzminister Dr. Troeger zur Aufstellung in der Eingangshalle gestiftete Plastik von Gerhard Marcks enthüllt.

Der neue Rektor, Prof. Dr. rer. pol. Fritz Neumark, ist gegenwärtig 54 Jahre alt. Er stammt aus Hannover, studierte in Jena, Hamburg, München und Berlin und hat 1921 über das Thema „Begriff und Wesen der Inflation“ promoviert. 1925 kam er als Assistent nach Frankfurt und habilitierte sich hier 1927 mit einer Arbeit über den Reichshaushaltsplan. 1932 wurde er Extraordinarius, 1933 erhielt er einen Lehrstuhl in Istanbul. Nach Kriegsende nach Deutschland zurückgekehrt, las er zunächst als Gastprofessor. 1952 wurde er ordentlicher Professor und blieb seither der Universität Frankfurt verbunden, die ihn jetzt durch die Wahl zum Rektor ehrte.

Prof. Neumark ist Vizepräsident des Internationalen Finanzinstituts, Mitglied der wissenschaftlichen Beiräte beim Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium und Sachverständiger des Bundeswirtschaftsministeriums bei der OEEC in Paris. Er gibt das „Finanzarchiv“ heraus und ist Mitherausgeber des internationalen „Handbuchs der Finanzwissenschaften“. Von seinen Publikationen sind vor allem zu nennen „Neue Ideologien der Wirtschaftspolitik“ (1936) und „Theorie und Praxis der modernen Einkommenbesteuerung“ (1947).

Politik ist nichts für Ausländer

Man sollte meinen, ein Internationaler Ferienkurs unter dem Motto „Deutschland und Europa“ biete vor allem Gelegenheit zur Aussprache über aktuelle Fragen. Eine solche, für das Leben einer Universität so wesentliche Veranstaltung müßte auch ein Forum politicum darstellen, wer will das bezweifeln? Einen Beitrag zur Völkerverständigung leistet man, wenn Probleme, die alle Nationen angehen, gemeinsam durchgesprochen werden.

Beim Internationalen Ferienkurs in Marburg vom 15. Juli bis zum 6. August des Jahres hatte man — nun schon zum zweiten Male — daran nicht gedacht. Die vergnügte Harmlosigkeit der Spritztouren zu den alten Burgen und Ruinen, deren es in unserem Vaterlande gottlob eine ganze Menge gibt, sollte durch gar nichts verleidet werden, am allerwenigsten durch unangenehme Fragen einzelner, anscheinend interessierter Teilnehmer — bis einige Tage vor Schluß das Verlangen nach einer politischen Aussprache so drängend wurde, daß man sich außerprogrammäßig dazu entschließen mußte. Die Zuhörer waren aber froh, nach einem mehr als zweieinhalbstündigen Spätabendvortrag über die Entstehungsgeschichte des Nationalsozialismus endlich schlafen gehen zu können und fühlten sich zu Fragen nicht mehr animiert. Es klang alles so überzeugend und abgerundet, daß man einen Widerspruch schwerlich hätte anmelden können, auch wenn man es gewollt hätte. Hitler sei, so hieß es beispielsweise, namentlich in den ersten Jahren nach der Machtergreifung vom Ausland anerkannt und wegen seiner außenpolitischen Erfolge auch allgemein geschätzt gewesen. Wenn also das Ausland ihn akzeptiert

hatte, warum hätten wir ihn ablehnen sollen! So — oder ähnlich — lautete die Folgerung. Alles andere ergab sich von selbst: Die Wurzel zum 2. Weltkrieg war der Versailler Vertrag (wer oder was verschuldete den ersten?), 1933 hörte die Arbeitslosigkeit auf, von Konzentrationslagern hat niemand im Inlande etwas gewußt usw. Fakten, die unbezweifelbar sind, wenn sie aus dem Munde eines Historikers kamen, dessen wissenschaftliche Qualifikation feststeht. Aber man kann auch lügen, indem man verschweigt!

Ganz offen blieb die grundsätzliche Frage, wo die ethische Rechtfertigung dafür zu suchen ist, daß ein „Volk ohne Raum“, das wir doch zweifellos (und auch zweifellos infolge des Versailler Vertrages) geworden waren, sich seinen Lebensraum mit Waffengewalt erkämpft? Und weiter: Ob wirklich niemand etwas von der Judenverfolgung gewußt hat, wo doch 1938 vor aller Augen die Synagogen abbrannten?

Als die Koffer schon gepackt dastanden, kam auf weiteres Drängen einiger Interessenten am folgenden Morgen doch eine kurze Diskussion zustande, in der dann noch einiges Heikle aufs Tapet gebracht wurde. Wie man mir versicherte, hat diese Aussprache den Interessierten keineswegs genügt. Im Gegenteil: sie waren in Manchem unzufriedener mit den Antworten auf ihre Fragen als vorher. Der Leitung des Ferienkurses kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie der Aktualität in die Historie auswich und auf diesem weniger heißen und verhältnismäßig neutralen Boden eine Atmosphäre fröhlicher Entspannung zu schaffen wußte. Ob das, aber gerade heute genügt, wagen wir zu bezweifeln.

Wenn man sich schon für Ruinen interessiert, dann sollte man sich mehr um die neuen als um die alten kümmern. Ganz gewiß ist es unangenehm, sich über den Staub und Schutt verbrannter Städte hinweg im Gespräch der Zukunft Europas zuzuwenden als sich über deutsche Weltschmerzgedichte zu unterhalten; aber wir glauben, daß es notwendiger ist. Darum fordern wir für das nächste Mal, zumindestens für die Interessierten, von vornherein politische Arbeitsgemeinschaften in das Programm aufzunehmen und vor allem auch die Exkursionen nicht auf historische Ziele zu beschränken, sondern z. B. Flüchtlingslager und das Bundeshaus in Bonn zu besuchen, Aussprachen mit Vertretern des politischen Lebens herbeizuführen und ferner, allen Teilnehmern schon vorher Gelegenheit zum Vortrag ihrer besonderen Wünsche gerade in dieser Hinsicht zu geben. Dann wird, so glauben wir, der Marburger Ferienkurs seine Mission besser und zeitgerechter erfüllen können als bisher.

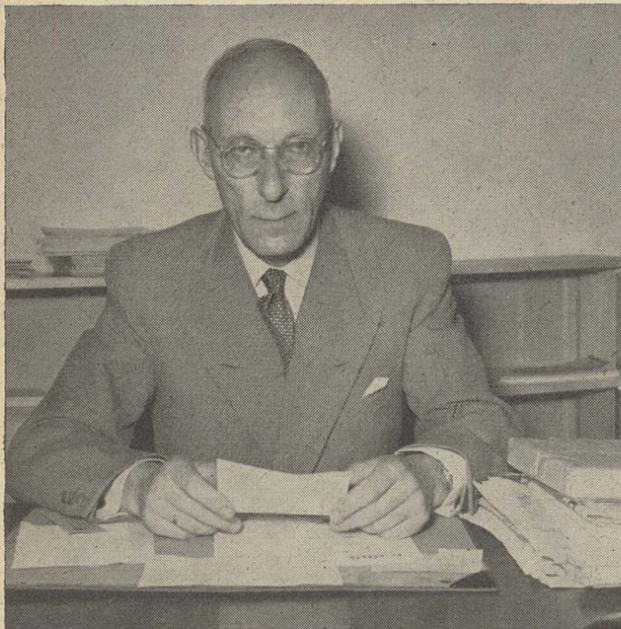
Dietrich Drastik

Wolfgang Borchert

Warum ist Wolfgang Borchert so rasch vergessen worden? Eine dreifach lästige Frage: denn den einen müßte man erst erklären, wer da vergessen wurde, und warum es schade, aber bezeichnend ist, daß acht Jahre nach seinem Tode am 20. November 1947 niemand mehr an ihn denkt; den andern ist es ganz recht, und mit ihnen geht sofort der Streit über Literatur und Politik los — daß er merkwürdig nur als der Allererste nach dem totalen Zusammenbruch gewesen sei, aber im übrigen längst überholt, oder daß er vielleicht die Stimmung jener Augenblicke ganz treffend wiedergab, aber auf die Dauer wirkte das doch nur zersetzend, nihilistisch und den heutigen Umständen gar nicht angemessen. Beides sind sehr mitleidlose Urteile, zuständig und unvermeidlich im Bereich der freien Konkurrenz auch unter Schreibenden, denen man auf die Finger, nicht ins Auge guckt. Dazwischen gehört Borchert natürlich nicht, genau so wenig wie man etwa die Geschwadenkommodore über Feindzielen etwa mit Städtebauern oder Landschaftsgärtnern vergleichen wird. Sympathie mit dem Frühverstorbenen (27), deutsches Dichterschicksal? Der Dichter war auf keine andere Weise als alle um ihn entkräftet, und es bedurfte wohl nicht der vielleicht stärkeren, der besonderen Sensibilität, damit damals einer umfiel.

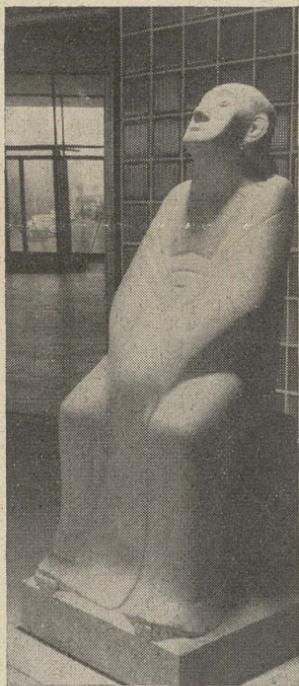
Es ist viel einfacher: Wolfgang Borchert konnte schreiben; er hatte, zwischen dem Ende des Reiches und seinem Tod kaum Zeit und Muße, dies Talent lange zu üben. Er setzte es sogleich an die wichtige Aufgabe, darzustellen was einer sieht, was er fühlt, was er sich denkt in einer Welt, die soeben von allen Beteiligten gänzlich kaputt gemacht wurde. Man dachte damals, das zu wissen sei wichtig für alle künftigen Zeiten. Denn die Phantasie reiche dafür nicht aus.

Inzwischen sehen viele es als einen Vorteil an, daß die Phantasie so arm ist und fördern alle Bestrebungen, sie noch ärmer zu machen. Wir bitten also um Entschuldigung, daß wir acht Jahre nach Borcherts Tod, inmitten neuer Städte und zunehmender Vollbeschäftigung an ihn erinnern.



Magnifizienz Neumark

Hochschule durch den zum Gesetz erhobenen Vertrag mit dem Lande Hessen zu sichern. Auch der Aufbau hat Fortschritte gemacht: Das Geologische Institut, das Gebäude des Amerika-Instituts und des Englischen Seminars konnten während des Rektorats von Prof. Gans fertiggestellt, das Chemische Institut, die Senckenberg-Bibliothek, die Kliniken, insbesondere die Pharmakologie weiter ausgebaut werden. Die Universität leidet aber



„Empedokles“, von Gerhard Marcks

an einem durch die steigende Anzahl der Studenten immer stärker fühlbaren Mangel an Lehrkräften. (Die von Prof. Gans zur Veranschaulichung genannten Zahlen sind in dem Artikel auf S. 1 enthalten.) Der scheidende Rektor beschloß den Bericht mit sei-

GLUTAMINSÄURE-GRANULAT · HOMBURG ·

Originalpackung zu 100 g

Indiziert bei:

nervösen Erschöpfungszuständen, allgemeinen Ermüdungserscheinungen, Vorbereitung auf Examina,
vor anstrengenden Konferenzen

Erhältlich in allen Apotheken



Chemiewerk HOMBURG Aktiengesellschaft
Frankfurt/Main



GLUTAMETTEN · HOMBURG ·

Originalpackung zu 100 Dragées

DIE ZWEITE SZENE

aus

Draußen vor der Tür

Ein Stück, das kein Theater spielen

und kein Publikum hören will.

von Wolfgang Borchert

sag was, damit etwas da ist. Fühlst Du nicht, wie grauenhaft still es ist?

BECKMANN (*verwirrt*): Ich sehe Dich gerne an. Dich, ja. Aber ich habe bei jedem Schritt Angst, daß es rückwärts geht. Du, das hab ich.

MÄDCHEN: Ach, Du. Vorwärts, rückwärts. Oben, unten. Morgen liegen wir vielleicht beide schon weiß und dick im Wasser. Mausestill und kalt. Aber heute sind wir doch noch warm. Heute abend nochmal, Du. Fisch, sag was, Fisch. Heute abend nochmal, Du. Fisch, sag was, Fisch. Heute abend schwimmst Du mir nicht mehr weg, Du. Sei still. Ich glaube Dir kein Wort. Aber die Tür, die Tür will ich doch lieber abschließen.

BECKMANN: Laß das. Ich bin kein Fisch, und Du brauchst die Tür nicht abzuschließen. Nein Du, ich bin weiß Gott kein Fisch.

MÄDCHEN (*innig*): Fisch! Fisch, Du! Du graues, repariertes nasses Gespenst.

BECKMANN (*ganz abwesend*): Mich bedrückt das. Ich ersaufe. Mich erwürgt das. Das kommt, weil ich so schlecht sehe. Das ist ganz und gar nebelig. Aber es erwürgt mich.

EINBEINIGER: Komm mit Deinem Gesicht unter die Lampe. Ganz nah. (*dumpf*): Beckmann!

BECKMANN: Ja, ich. Beckmann. Ich dachte, Du würdest mich nicht mehr kennen.

EINBEINIGER (*leise, aber mit ungeheurem Vorwurf*): Beckmann . . . Beckmann . . . Beckmann!!!

BECKMANN (*gefoltert*): Hör auf, Du. Sag den Namen nicht! Ich will diesen Namen nicht mehr haben! Hör auf, Du!

EINBEINIGER (*leiert*): Beckmann. Beckmann.

BECKMANN (*schreit auf*): Das bin ich nicht! Das will ich nicht mehr sein! Ich will nicht mehr Beckmann sein!

(*Er läuft hinaus. Eine Tür kreischt und schlägt zu. Dann hört man den Wind und einen Menschen durch die stillen Straßen laufen*).

DER ANDERE: Halt! Beckmann!

BECKMANN: Wer ist da?

DER ANDERE: Ich. Der Andere.

BECKMANN: Bist Du schon wieder da?

DER ANDERE: Immer noch, Beckmann. Immer, Beckmann.

BECKMANN: Was willst Du? Laß mich vorbei.

DER ANDERE: Nein, Beckmann. Dieser Weg geht an die Elbe. Komm, die Straße ist hier oben.

BECKMANN: Laß mich vorbei. Ich will zur Elbe.

DER ANDERE: Nein, Beckmann. Komm. Du willst diese Straße hier weitergehen.

BECKMANN: Die Straße weitergehen! Leben soll ich? Ich soll weitergehen? Soll essen, schlafen, alles?

DER ANDERE: Komm, Beckmann.

BECKMANN (*mehr apathisch, als erregt*): Sag diesen Namen nicht. Ich will nicht mehr Beckmann sein. Ich habe keinen Namen mehr. Ich soll weiterleben, wo es einen Menschen gibt, wo es einen Mann mit einem Bein gibt, der meinetwegen nur das eine Bein hat? Der nur ein Bein hat, weil es einen Unteroffizier Beckmann gegeben hat, der ge-



MÄDCHEN (*ängstlich*): Was hast Du? Du, was hast Du denn? Du?

BECKMANN (*mit wachsender Angst*): Ich werde jetzt ganz sachte, sachte verrückt. Gib mir meine Brille. Schnell Das kommt alles nur, weil es so nebelig vor meinen Augen ist. Da! Ich habe das Gefühl, daß hinter Deinem Rücken ein Mann steht! Die ganze Zeit schon. Ein großer Mann. So eine Art Athlet. Ein Riese, weißt du. Aber das kommt nur, weil ich meine Brille nicht habe, denn der Riese hat nur ein Bein. Er kommt immer näher, der Riese, mit einem Bein und zwei Krücken. Hörst Du — teck tock. Teck tock. So machen die Krücken. Jetzt steht er hinter Dir. Fühlst Du sein Luftholen im Nacken? Gib mir die Brille, ich will ihn nicht mehr sehen! Da, jetzt steht er ganz dicht hinter Dir.

MÄDCHEN (*schreit auf und stürzt davon. Eine Tür kreischt und schlägt zu. Dann hört man ganz laut das „Teck tock“ der Krücken*).

BECKMANN (*flüstert*): Der Riese!

DER EINBEINIGE (*monoton*): Was tust Du hier. Du? In meinem Zeug? Auf meinem Platz? Bei meiner Frau?

BECKMANN (*wie gelähmt*): Dein Zeug? Dein Platz? Deine Frau?

DER EINBEINIGE (*immer ganz monoton und ganz apathisch*): Und Du, was Du hier tust?

BECKMANN (*stockend, leise*): Das hab ich gestern nacht auch den Mann gefragt, der bei meiner Frau war. In meinem Hemd war. In meinem Bett. Was tust Du hier, Du? hab ich gefragt. Da hat er die Schultern hochgehoben und wieder fallen lassen und hat gesagt: Ja, was tu ich hier. Das hat er beantwortet. Da habe ich die Schlafzimmertür wieder zugemacht, nein, erst noch das Licht wieder ausgemacht. Und dann stand ich draußen.

sagt hat: Obergefreiter Bauer, Sie halten Ihren Posten unbedingt bis zuletzt. Ich soll weiterleben, wo es diesen Einbeinigen gibt, der immer Beckmann sagt? Unablässig Beckmann! Andauernd Beckmann! Und er sagt das, als ob er Grab sagt. Als ob er Mord sagt, oder Hund sagt. Der meinen Namen sagt wie: Weltuntergang! Dumpf, drohend, verzweifelt. Und Du sagst, ich soll weiterleben? Ich stehe draußen, wieder draußen. Gestern abend stand ich draußen. Heute steh ich draußen. Immer steh ich draußen. Und die Türen sind zu. Und dabei bin ich ein Mensch mit Beinen, die schwer und müde sind. Mit einem Bauch, der vor Hunger bellt. Mit einem Blut, das friert hier draußen in der Nacht. Und der Einbeinige sagt immerzu meinen Namen. Und nachts kann ich nicht mal mehr pennen. Wo soll ich denn hin, Mensch? Laß mich vorbei!

DER ANDERE: Komm, Beckmann. Wir wollen die Straße weitergehen. Wir wollen einen Mann besuchen. Und dem gibst Du sie zurück.

BECKMANN: Was?

DER ANDERE: Die Verantwortung.

BECKMANN: Wir wollen einen Mann besuchen? Ja, das wollen wir. Und die Verantwortung, die gebe ich ihm zurück. Ja, Du, das wollen wir. Ich will eine Nacht pennen ohne Einbeinige. Ich gebe sie ihm zurück.

Ja, Ich bringe ihm die Verantwortung zurück. Ich gebe ihm die Toten zurück. Ihm! Ja, komm, wir wollen einen Mann besuchen, der wohnt in einem warmen Haus. In dieser Stadt, in jeder Stadt. Wir wollen einen Mann besuchen, wir wollen ihm etwas schenken — einem lieben guten braven Mann, der sein ganzes Leben nur seine Pflicht getan, und immer nur die Pflicht! Aber es war eine grausame Pflicht! Es war eine fürchterliche Pflicht! Eine verfluchte — fluchte — fluchte Pflicht! Komm! Komm!

MUT ZUR FREIHEIT

Frankfurter Immatrikulationsrede

von Prof. Dr. Fritz Neumark

Es liegt für einen Professor an einem Tage wie dem heutigen nahe, daß er mit seinen Gedanken in die Vergangenheit zurückschweift und sich der Zeiten erinnert, da er selbst seine akademischen Studien begann. Das war in meinem Falle das Jahr 1919, das erste Jahr nach dem Weltkriege von 1914 also, und in mancher Beziehung erinnerten die damaligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an die der jüngsten Nachkriegszeit, wenngleich diesmal alles um ein Vielfaches schlimmer war. So herrschten auch während der ganzen Zeit meines Studiums Inflation, Lebensmittel-, Kohlen- und Wohnungsnot, aber es waren doch wenigstens die Hochschulgebäude intakt geblieben, und vor allem: man gab sich innerhalb wie außerhalb Deutschlands der Hoffnung hin, daß nun eine lange Ära friedlichen Zusammenlebens der Völker begonnen habe. Überdies begannen überall — auch in den Ländern, in denen, anders als bei uns, keine offene Revolution stattgefunden hatte — sich Kräfte zu regen, die um eine gerechtere, sozialere Gestaltung der ökonomischen und eine freiheitlichere der politischen Lebensbedingungen bemüht waren. Eine Zeitlang — insbesondere, nachdem eine Normalisierung des Wirtschaftslebens eingetreten war — schien es in der Tat so, als habe der Krieg wenigstens das Gute gehabt, die Menschheit zur Besinnung auf die wirklichen Werte zu veranlassen. Nicht zuletzt in Deutschland setzte eine Blüte der künstlerischen und der wissenschaftlichen Aktivität ein, wie sie nach der schweren militärischen Niederlage auch von den größten Optimisten nicht erwartet worden war.

Aber diese Blüte war von nur kurzer Dauer. Genau ein Jahrzehnt nach Kriegsende brach jene verhängnisvolle Weltwirtschaftskrise aus, die zu beispiellosem Massenelend und zu einer Vergiftung des politisch-sozialen Lebens führte, an deren Anfang wie an deren Ende Konzentrationslager standen, wenn auch mit verschiedenen Insassen.

Man mag darüber streiten, wie es im einzelnen dazu kam. Dies aber scheint mir sicher zu sein, daß für die wirtschaftliche Katastrophe in erster Linie die Unfähigkeit der Regierenden zu begreifen, daß das Zeitalter des „laissez faire“ endgültig vorbei sei, und für die politische vor allem die Tatsache verantwortlich war, daß wenige, viel zu wenige sich des Wertes der Freiheit bewußt waren; die anderen aber ließen nicht sowohl aus Bosheit oder Bösheit denn aus Trägheit des Herzens Dinge geschehen, von denen sie sich einzureden suchten, sie seien nur unvermeidliche, kurzwährende Übergangserscheinungen, während ihr Verstand ihnen hätte sagen müssen, daß sie den Auftakt von immer Fürchterlicherem bildeten, unter dem über kurz oder lang nicht nur die anderen, sondern auch sie selbst zu leiden haben würden.

Ich erinnere Sie deshalb an diese Dinge, weil ich den Glauben nicht aufgeben mag, es sei möglich, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen, und weil ich Ihnen heute, da Sie die ökonomische Prosperität und Stabilität und das Leben in einer freiheitlichen Atmosphäre vielleicht schon wieder als etwas Selbstverständliches betrachten, die Mahnung mit auf den Weg geben möchte, diese Dinge nicht als Geschenke, die das Schicksal uns in den Schoß geworfen hat, anzusehen, sondern als etwas, um deswillen man der Vorsehung jede Minute dankbar und wofür man zugleich jede Minute mit voller Kraft zu kämpfen bereit sein muß.

Ihr Hochschulstudium würde, wie mir scheint, seinen eigentlichen Sinn verlieren, wenn es Ihnen nur Fachkenntnisse, nicht aber auch die Überzeugung vermittelte, daß Freiheit des Denkens, Freiheit der Rede und Freiheit des Handelns die unabdingbaren Voraussetzungen für wahre Wissenschaft und Kultur, ja für wahres Leben überhaupt, jedenfalls so wie dieses im Ausland aufgefaßt wird, darstellen. Freiheit zu wollen erfordert aber Mut — zuerst und unter allen Umständen geistigen, bisweilen aber auch physischen Mut. Nun ist es eine paradoxe Erscheinung, die man nicht zuletzt auch in der deutschen Geschichte oft hat beobachten können, daß Individuen, Gruppen, ja ganze Völker, die ihre Furchtlosigkeit in Kriegen wiederholt glänzend unter Beweis gestellt haben, im Frieden jener Zivilcourage ermangeln, ohne die die Bewahrung geistiger und politischer Freiheit schlechterdings unmöglich ist.

Jede Epoche hat die Helden, die sie verdient. Auf unsere Zeit und die jüngere Vergangenheit angewendet, eröffnet dieses Wort nicht eben tröstliche Aspekte für die, denen Humanität und geistige Freiheit mehr bedeuten als Floskeln und Schnörkel, die man Leitartikeln und Festreden zu Ehren von Heerführern, Ozeanüberfliegern, Fußballern und Filmstars in lässiger Verbeugung vor einer Tradition anhängt, die man mehr als halb ver-

gessen hat und im Grunde nur noch belächelt. Aber ein Blick auf die Geschichte zeigt doch, daß selbst in den Zeiten der finsternen Geistesnebelung und der furchtbarsten Barbarei je und je Männer und Frauen aufgestanden sind, die zur Verteidigung jener Werte bereit waren, dafür mit ihrem Leben einzustehen. Nun ist es zwar richtig, wenn Skeptiker und Relativisten meinen, der Begriff der Freiheit sei vieldeutig, und diese Vieldeutigkeit hat ja nur zu häufig braunen wie roten Diktaturen den Vorwand und die Möglichkeit gegeben, ihre brutalen Maßnahmen als im Interesse der „Freiheit“ oder „Befreiung“ gelegen hinzustellen, während freilich andere — ich erinnere an Lenin — zynisch die Frage stellten, weshalb man denn überhaupt Freiheit begehere und welchen Zwecken sie dienen solle. Ich glaube aber, daß der ewige Kern der menschlichen Freiheit sich so definieren läßt, wie das George Orwell in seiner grauenhaft-realistischen Utopie „1984“ getan hat, in der er seinen Helden Winston Smith (den „letzten Menschen“, wie sein Gegenspieler O'Brien ihn nennt) sagen läßt: „Freiheit ist die Freiheit zu sagen, daß zwei und zwei vier ist. Sobald das gewährleistet ist, ergibt sich alles andere von selbst.“

Vergessen Sie diese scheinbar primitive, in Wirklichkeit aber für den Fortbestand unserer Kultur lebenswichtige Weisheit nie! Für sie haben im Laufe der Menschheitsgeschichte zahllose Denker und Politiker, die die wahrhaft dieses Titels würdigen Heroen sind, gelebt, und viele von Ihnen sind, auch wenn ein Widerruf ihrer Erkenntnisse ihre physische Existenz hätte retten können, für ihr Wahrheits- und Freiheitsideal gestorben, von Sokrates über den Grafen Spee, Galilei und Egmont bis zu den deutschen Widerstandskämpfern im III. Reich. Die bloße Existenz all dieser Männer und Frauen und die Tatsache, daß sie immer wieder Nachfolger gefunden haben, zeigt die letztlich unüberwindliche Macht der Freiheitsidee und die Schranken jedes Terrorregimes. In der Tat: „Die Grenze der Gewalt“ — so schrieb Theodor Haubach, Offizier des ersten Weltkriegs, Philosoph, Politiker und eines der Opfer des 20. Juli 1944 — „liegt darin, daß sie zwar die Person des Widerstandes, aber nicht die Gesinnung des Widerstandes vernichten kann“. Professor Karl Huber, dessen Namen Sie aus dem Geschwister-Scholl-Prozeß kennen, hat sich kurz vor seiner Hinrichtung mit jenem Problem auseinandergesetzt, das nicht nur den unreflektiert zu sturem, blindem Gehörsam sich verpflichtend Glaubenden, sondern auch Persönlichkeiten, die das Ideal der Gesetzestreue und der Rechtsstaatlichkeit aus guten Gründen hochzuhalten suchten, so viel innerlich zu schaffen gemacht hat, nämlich mit dem Problem der „letzten Grenze für äußere Legalität“; von dieser Grenze sagt Huber, sie läge da, „wo die Legalität unwahrhaftig und unsittlich wird“, und er fährt fort: „Ein Staat, der jegliche freie Meinungsäußerung



unterbindet und jede sittlich berechtigte Kritik, jeden Verbesserungsvorschlag als ‚Vorbereitung zum Hochverrat‘ unter die furchtbarsten Strafen stellt, bricht ein ungedriebenes Recht.“ Und noch ein drittes Wort aus dem Munde eines jener unvergeßlichen Deutschen möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, das Wort Ernst von Harnacks, Sohn des großen Berliner Theologen: „Das Entscheidende ist nicht, daß man das Ziel erreicht, sondern daß man den richtigen Weg geht.“

Sie werden bei sich vielleicht denken, es stehe einem Wissenschaftler und gar dem Rektor einer Universität nicht an, Probleme vor Ihnen zu erörtern, die im Grunde politischen Charakter haben. Nun, ich glaube Ihnen mit den kurzen Bemerkungen, die ich soeben machte, wenigstens keine parteipolitische Stellungnahme nahegelegt oder gar aufgedrängt zu haben. Einer der Größten unter den Nationalökonomern und Soziologen der letzten Generationen, Max Weber, hat in einer Rede, die er 1920 — kurz vor seinem Tode — vor Münchener Studenten über „Wissenschaft als Beruf“ hielt, mit Leidenschaft den Standpunkt verfochten, daß „Politik nicht in den Hörsaal gehöre“, daß der Prophet wie der Demagoge nichts auf dem Katheder zu suchen hätten, sondern „hinaus auf die Gassen gehen und öffentlich reden“ sollten, denn dort sei den Zuhörern Kritik möglich, während der Student im Hörsaal zu schweigen verurteilt sei.

Als Weber seine Rede hielt, konnte er nicht ahnen, daß ein halbes Menschenalter später diese Begründung seiner Stellungnahme um deswillen hinfällig geworden sein würde, weil in Deutschland, Rußland und in einigen anderen Ländern für eine freie kritische Auseinandersetzung in bezug auf wissenschaftliche wie weltanschauliche Fragen weder im Hörsaal noch „auf den Gassen“ irgendwelcher Raum geblieben war. Ohne eine solche Diskussion, ohne Kritik aber ist nicht nur keine reale Demokratie möglich, sondern auch kein wissenschaftlicher Fortschritt, der sich immer am Zweifel entzündet hat, am eigenen wie an dem der anderen. Und ich bitte Sie herzlich, meine lieben Kommilitoninnen und Kommilitonen, in Ihren Professoren keine Wesen zu sehen, die kraft ihrer wissenschaftlichen Autorität unantastbar und jeder Kritik über-

hobene Dogmen zu verkünden vermögen, sondern Menschen, die als solche der ständigen Gefahr des Irrtums ausgesetzt sind und sich von Ihnen nur dadurch unterscheiden, daß sie infolge größerer Erfahrung und breiteren Wissens in der Lage sind, die Fallstricke der materiellen und logischen Irrtümer rascher zu erkennen, als Sie. Glauben Sie nicht blind dem, was Ihnen im Kolleg oder im Lehrbuch vorgesetzt wird, sondern suchen Sie mit Ihrem eigenen Verstand zu erkennen, ob das, was man Ihnen darbietet, überzeugend ist — und wenn Sie zweifeln, so diskutieren Sie unter sich und auch mit Ihren Professoren so lange, bis Sie entweder eine Lehre als richtig befunden oder Ihren Diskussionsgegner von der Begründetheit Ihrer Zweifel, Ihrer Kritik zu überzeugen vermocht haben! Eines aber sollten Sie bei keiner Auseinandersetzung, gleichviel ob diese sich auf wissenschaftliche oder politische Fragen bezieht, unterlassen, nämlich dieses: bis zum eindeutigen Beweise des Gegenteils anzunehmen, daß auch Ihr Gegner, genau wie Sie selbst, vom Drange zur Wahrheitserkenntnis getrieben und vom Willen, der Allgemeinheit zu nützen, beseelt ist. Eine solche Haltung einzunehmen gebietet jene Fairneß, die zwischen Gebildeten selbstverständlich sein sollte, es leider aber keineswegs



immer ist. Dort freilich, wo Sie auf Demagogen, auf intellektuelle Giftmischer stoßen, wären Nachsicht und Fairneß fehl am Platz.

Ich möchte diese Ausführungen nicht schließen, ohne Sie wenigstens noch mit ein paar Worten daran zu erinnern, daß die Hochschule, als deren Bürger Sie sich von heute ab bezeichnen können, nicht zufällig den Namen Universität trägt.

Daß wir in einer Zeit leben, die durch Rationalisierung, Intellektualisierung und fortschreitende Spezialisierung gekennzeichnet ist, scheint unser unentrinnbares Schicksal zu sein. Aber wenn diese Entwicklung auch dahin geführt hat, daß gerade in bezug auf die feinsten, die bedeutendsten Ergebnisse der neueren Forschung der Jurist kaum mehr den Chemiker, dieser nur schwer den Psychologen und der Mediziner nur unvollkommen den Wirtschaftstheoretiker (und vice versa) zu verstehen vermag, so wäre es doch verhängnisvoll, wenn Sie daraus den Schluß ziehen würden, es genüge oder sei gar erforderlich, während Ihrer akademischen Studien sich streng auf das von Ihnen gewählte Fach zu beschränken.

Wer als Jurist nicht wenigstens eine ungefähre Vorstellung von Wesen und Problemen der Psychologie, der Nationalökonomie und natürlich auch der Philosophie bekommen, als Physiker nie etwas von Geschichtsforschung oder Strafrecht gehört, als Philologe sich nicht ein paar Kollegs über Archäologie oder Soziologie angehört hat und was es an derlei Beispielen sonst noch gibt, der wird zwar vielleicht ein praktisch brauchbarer Spezialist auf seinem engsten Fachgebiet werden, aber er wird Zeit seines Lebens eines Begriffs von dem Allzusammenhang der verschiedenen Disziplinen, von der gesellschaftlichen Bedingtheit ihrer Fragestellungen und Methoden und dem weiteren Aspekt entraten, den auch die von ihm gewählte spezielle Wissenschaft aufweist, sofern man über deren oft lediglich durch Tradition oder auch lehrbetriebmäßige Zweckmäßigkeit bestimmte Grenzen hinausblickt.

Nur wenn Sie in dieser Weise die großen Möglichkeiten zu nutzen wissen, die Ihnen ein Universitätsstudium im Gegensatz zu dem Lernen an einer reinen Fachschule erschließt, werden Sie zu der Einsicht gelangen, daß ein solches Studium Ihnen unendlich viel mehr gewährt, als den bloßen Erwerb von Kenntnissen, die Ihnen später gestatten sollen, einen sogenannten akademischen Beruf auszuüben und mit dessen Hilfe Ihr Brot zu verdienen. Sie werden sehen, daß wissenschaftliche Forschung zwar in erster Linie einen klaren Kopf und nüchternes, scharfes Denken erfordert, daß sie aber, sofern man sich nur einmal von dem magischen Reiz des Suchens nach Wahrheit und Erkenntnis hat ergreifen lassen, auch ein hohes, ihre Jünger faszinierendes Pathos besitzt, und zwar völlig unabhängig davon, welche Fakultät (und innerhalb einer Fakultät welcher Sonderdisziplin) man sich verschrieben haben mag. Denn nicht die Art des Objekts ist es, die die Wissenschaftlichkeitsnatur eines Studiums bestimmt, sondern der Geist, in dem man sich um die Erkenntnis des Wesens dieses Objekts und der damit verbundenen Probleme bemüht.

Mit Millionen von Wettfreunden
ständig im Dienste des Sports

 **HESSEN-TOTO**
IM WEST-SÜD-BLOCK

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin
und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134
Halbsteile Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

Immatrikulation als Erlebnis

Im Sommersemester 1954 veranstaltete der damalige Rektor, Prof. Dr. Gans, ein Preisausschreiben für Vorschläge zur Gestaltung der Immatrikulations- und anderer akademischer Feierlichkeiten unserer Universität. Das Preisgericht ist zu der folgenden Entscheidung gelangt:

Die Einsendungen auf die Preisaufgabe des Rektors der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zur Gestaltung der Immatrikulationsfeiern haben leider weder in der Beteiligung noch im Niveau den Ansprüchen genügt, die nach Meinung des Preisrichterkollegiums bei einem derartigen Wettbewerb gestellt werden müssen. Unter den Einsendungen waren nur zwei, die Beachtung beanspruchen durften. Eine dieser Einsendungen war aber so spät eingegangen, daß sie bei der Preisverteilung nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

Das Preisrichterkollegium hat deshalb folgende Entscheidung getroffen:

Es wird davon abgesehen, den ersten Preis zu verleihen. Den 2. Preis in Höhe von 100,— DM erhält Fräulein Möbes für ihre Einsendung.

Um aber der Studentenschaft noch einmal die Möglichkeit zu geben, die nicht verliehenen 1., 3. und 4. Preise durch Beantwortung der gestellten Fragen zu erwerben, wird das Preisausschreiben erneuert und die Frist für weitere Einsendungen auf den 15. Februar 1955 festgesetzt.

Prof. Dr. Gans cand. iur. Udo Kollatz
Prof. Dr. Kunz cand. phil. Karl Heinz Reiningger

Text der Preisaufgabe

Halten Sie die Gestaltung unserer Immatrikulationsfeiern für zweckmäßig?

Wenn ja, was bedeuten Ihnen solche Feiern? Was hat Ihnen dabei besonderen Eindruck gemacht? Erinnern Sie sich an bestimmte Gedanken aus den Reden? Haben Sie dazu eine eigene Stellung und welche?

Wenn nein, welche Einwände haben Sie? Welche Vorschläge hätten Sie, solche Feiern anders zu gestalten?

Die Behandlung der Fragen ist nicht an die im Preisausschreiben gebrachte Reihenfolge gebunden; erwartet wird eine zusammenhängende Darstellung, nicht länger als drei zweizeilig beschriebene Schreibmaschinenseiten. Die prämierten Arbeiten erscheinen im DISKUS.

1. Preis = 200,— DM
2. Preis = bereits verliehen
3. Preis = 50,— DM
- zwei 4. Preise zu je 25,— DM

Das Ergebnis des Preisausschreibens wird bei der nächsten Universitätsfeier bekanntgegeben.

Preisrichter-Kollegium:

Der Prorektor, Prof. Oscar Gans
Prof. Josef Kunz
cand. phil. K. Reiningger
stud. rer. pol. U. Kollatz, Redakteur des DISKUS.

Das Preisrichter-Kollegium urteilt in freier Entscheidung.

Einsendungen sind zu richten an das Rektorat der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Die Einsendungen sollen ein Kennwort tragen. Der Name des Einsenders ist in einem verschlossenen Umschlag beizufügen, der ebenfalls nur durch das Kennwort bezeichnet sein darf.

Da die preisgekrönte Einsendung erheblich länger war als bei Beachtung der in der Aufgabe gegebenen Begrenzung erwartet werden konnte, kann sie hier nur auszugsweise abgedruckt werden:

Aus einer Gruppe von Redakteuren und von Verlegern aus traditionsreichen Verlagshäusern entwickelte sich die festgefügte Gemeinschaft von über 200 Mitgliedern eines Redaktions- und Verlagsstabes, die jeden Tag die

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

gestaltet. 100 ständige Korrespondenten in den Hauptstädten der Welt und in den Großstädten der Bundesrepublik und 1000 Mitarbeiter — ein jeder als Experte auf seinem wissenschaftlichen, politischen, kulturellen, wirtschaftlichen oder sportlichen Gebiet anerkannt — ergänzen die tägliche Redaktionsarbeit in unserer Zeitung, deren Textteil vorwiegend aus eigenem Redaktionsmaterial besteht.

Die Verbreitung in 76 Ländern der Welt und in 3550 Orten der Bundesrepublik von der Nordsee bis zu den Alpen mit über 100 000 Abonnements wurde in 900 eigenen Agenturen organisiert.

Der bekannte Bonner Korrespondent von „Le Monde“, Alain Clément, schieb bei einer Übersicht über die deutsche Presse in einem Bericht für das Internationale Presseinstitut in Zürich: „Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kann für sich das Recht in Anspruch nehmen, zu den führenden Blättern der Welt gerechnet zu werden.“ Die Weltpresse, so die „Times“, „New York Times“, „Le Monde“ und andere Zeitungen mit Weltgeltung zitieren die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ als

die Stimme Deutschlands in der Welt

Der ausgeschriebenen Preise wegen habe ich es trotz vieler Hindernisse (nicht einmal eine Schreibmaschine besitze ich. Ich bemühe mich aber, recht leserlich zu schreiben) versucht, dies Thema zu behandeln.

Nur eines fiel mir auf, das ein wenig Kritik verdient. Als ich an jenem 12. Mai pünktlich s. t. zur Feier erschien, war die Aula bereits zum Einstürzen voll. Viele der eingeladenen Muli standen noch vor den Portalen und versuchten vergebens den Türhüter zu bestechen. Da gab es nur die Alternative, vermozelt nach Hause zu gehen oder sich gegenüber in den Hörsaal H zu setzen und dort die Begrüßungsreden und die Musik anzuhören. Ich konnte mich zu keinem von beiden entschließen, denn ein so schlimmes Omen, gleich zu Anfang des Studiums nicht im Festsaal teilnehmen zu dürfen, wollte ich nicht willentlich auf mich laden. Ich verharrte also geduldig auf meinem Posten — wie einige ebenso Hartnäckige — und dieser Belagerung konnte man auf die Dauer nicht standhalten. Man führte uns unauffällig durch einen für gewöhnliche Studenten sonst nicht bestimmten Eingang in den Saal hinein. (Es könnte vielleicht eine bessere Regelung zugunsten der Neumatrikulierten getroffen werden!) Ein besonders gutes Vorzeichen war es also, mit dem ich mein Studium begann.

Die Immatrikulationsfeier wurde dann zu einem Erlebnis, das in meiner Erinnerung den Anfang meiner Studienzeit bildet. Denn die Tage vorher waren ein wenig chaotisch gewesen. Ich ließ mich noch ein wenig sinn- und ziellos mit dem Strom der Studenten in die Vorlesungen treiben, 40 Wochenstunden standen bald auf meinem Plan. Was sollte man mit all dem Wissen, das sich, auf Papier fixiert, bereits nach den ersten Wochen zu stapeln begann?

Da waren es denn einige Gedanken und Ideen in der Begrüßungsansprache des Rektors Professor Dr. Gans, die mir halfen,

mich ein wenig zurecht zu finden. Es waren Ideen, die dem bisher Aufgenommenen einen sinnvollen Zusammenhang gaben und mit deren Hilfe man hoffen konnte, auch künftighin alles — so als handele es sich um Glieder von einem Organismus — in ein geordnetes System zusammenfügen zu können. Solche Ideen dem Studenten als Leitsterne beim Beginn des Studiums mit auf den Weg zu geben, halte ich für sinnvoll und notwendig. Aber vielleicht war dies gar nicht die Absicht Ihrer Rede? Vielleicht war es nur mein Bedürfnis, was mich die wenigen Ideen, die Sie formulierten, so dankbar annehmen ließ?

Dann sprach der Rektor die Hoffnung aus, daß trotz der überfüllten Vorlesungen sich eine echte Kameradschaft unter den Studenten entwickeln möge. Auch einer neuen, aus der Not geborenen Einrichtung, dem Studentenschnelldienst, wußte er die gute Seite abzugewinnen. Man verliere auf diese Weise nicht jeglichen Kontakt mit der werktätigen Bevölkerung und nicht jede Beziehung zur Umwelt, d. h. zu dem, was im praktischen Leben verlangt wird — ein Rat, den ich sogleich in den Semesterferien befolgen werde. Doch warnte er vor allzu viel und allzu schwerer Arbeit und erinnerte daran, daß das eigentliche Ziel des Studenten das „studium generale“ sei. Nach Möglichkeit solle man sich nicht sofort auf das Fachstudium stürzen, sondern ab und zu in eine interessante Vorlesung einer anderen Fakultät hineinhorchen.

In dieser Immatrikulationsfeier fühlte ich mich zum erstenmal voll zur Gemeinschaft der Studenten, zu diesen Tausenden, die tagaus tagein zu den Hörsälen und Seminaren der Universität strömen, zugehörig. Daß das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten ein so persönliches ist — so von Mensch zu Mensch und nicht von Lernenden zu Wissendem, beeindruckte mich besonders. Die Rede des 1. Asta-Vorsitzenden, das Mitwirken des Studentenorchesters und -chors bei der Ausgestaltung des Festes und schließlich — was für mich und gewiß manchen anderen der Höhepunkt der Feier war — die feierliche Verpflichtung durch Rektor Prof. Dr. Gans und Prorektor Prof. Dr. Horkheimer deuteten es in der Feier an.

Gerlinde Möbes

Briefe an die Redaktion

Eine notwendige Aufgabe?

Man sollte meinen, das Unbehagen an jeder Art von Organisationen sei eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen, wenigstens im Bannkreise von Universitäten. Der letzte Leitartikel belehrt einen eines besseren.

Die consecutio temporum scheint nicht nur im Lateinunterricht schwer erlernbar zu sein: Da wir keine Europäer mehr sind, erscheint uns Europa erstrebens- und errichtenswert. Als die letzten unmittelbaren Beziehungen zwischen oben und unten gerissen waren, entstand der „soziale“ Gedanke; nach feierlicher Bestattung des in langer Agonie erlegenen simpelsten Anstandes predigt man „Menschlichkeit“ und entwirft entsprechende Verordnungen. Das Wort „Geist“ wird alledem dann am breitesten besprochen, wenn keiner mehr einen aufzuweisen hat, um von der Freiheit ganz zu schweigen. Das deutlichste Indiz für die Tatsache, daß sie verblich, ist eben das nur bei Grabreden entfaltete Pathos, mit dem sie heute männiglich im Munde führt.

Das durch Verlust in ein benennbares und bepredbares Stadium Geratene soll mit Gesetzen und Organisationen wiedererstellt werden. Je nun, erstellbar sind Paßfreiheit, einheitliche Währung und derlei, wenn man sich anstrengt. Die selbstverständliche, nicht diskutierte Zusammengehörigkeit ist ebenso wenig wieder zu beleben, wie mit Gewerkschaften und sozialen Bestimmungen eine gewachsene und nicht benannte Ordnung, oder wie mit der Verkündigung von Menschenrechten der Respekt vor dem Nachbarn, geschweige denn dem Konkurrenten. Den besten Lehrspruch zur Erlernung der consecutio temporum hat vor rund 2½ Jahrtausenden Lau-dse geprägt:

Ist man von der großen Führerin abgefallen,
So gibt es Menschlichkeit und Pflicht,
Wissen und Einsicht kommen hervor,
Und es gibt großes Getue.
Sind die sechs Verwandtschaftsgrade uneins,
So gibt es Kindespflicht und Elternliebe.
Ist die Reichslenkung verdüstert und verwirrt,
Dann gibt es die treuen Beamten.

Bezüglich des geübten planlosen Herumreisens der jüngeren Herrschaften kann dem Vorredner nur beigepliziert werden. Von diesem belustigenden Austauschbrauch abgesehen: Gelehrte verstanden und verstehen sich über die ganze Erde hin, soweit eben sie Gelehrte sind, genau so weit sie Bewohner von Elfenbeintürmen sind. Steigen sie in die Arena und beteiligen sich an dem Spiel der Emotionen, das man Politik heißt, gehen sie ihres Gelehrtencharakters verlustig; sie werden zu „Wissenschaftlern“ (die Bildung erinnert fatal an Sportler, Industrieller usw.) und Akademiker und damit verwendbar; man kann sie staatlicherseits oder kirchlicherseits, jedenfalls „planvoll“ „einsetzen“, etwa hier, um die Durchdringung mit Toleranz hartleibiger Nationalisten „zur Durchführung zu bringen“. Wenn man erfolgreich den letzten Gelehrten aus seinem Turm der Betrachtung gezogen hat, wird es Zeit, das Totenglocklein für die internationale Wissenschaft zu läuten.

Kurzum: das vorgeschlagene Mittel, die Hilfskonstruktion Europa zu schaffen, wäre selbst das drastischste, um den letzten Rest vom Wesen Europas zu zerstören. Noch einmal muß ich abschließend Lau-dse bemühen zur Warnung der unbeirrbar baufreudigen Architekten besserer Welten; diesmal den 57. Spruch:

„Wünscht man, die Welt zu erobern
oder eine zu machen —
Ich habe erlebt, das gelingt nicht.
Die Welt ist ein göttliches Gefäß,
Das kann nicht gemacht werden!
Macher zerstört,
Bemächtiger verliert!“

Hertha v. Dechend

Nicht nur in Höchst

Zu den in Ihrer Glosse „Pastorale“ dargestellten Äußerungen von Höchster Stelle ist zu bemerken, daß sie nicht nur zufällig von dieser Kanzel verkündigt wurden. Sie finden sich wieder in einem Artikel der kirchlich zugelassenen Monatsschrift „Der große Ruf“, Credo-Verlag, Wiesbaden (10/54). Da polemisiert der Herausgeber Johannes Maria Höcht gegen die derzeitige französische Politik und begründet sie durch das Anwachsen des französischen Freimaurertums, das nach seiner Meinung die katholischen Kräfte aus der Regierung gedrängt hat. Es heißt da: „Wer aber die Vergangenheit des heutigen französischen Regierungschefs kennt, wird nicht mehr erstaunt sein, daß Mendès-France so gehandelt hat. Er ist nicht nur Jude, sondern auch Freimaurer, das beleuchtet blitzartig die Lage. Als solcher ist er nicht interessiert an der Konsolidierung eines christlichen Europas“. Bemerkenswert ist die Wendung „nicht nur... sondern auch“, die blitzartig etwas ganz anderes beleuchtet, als Herr Höcht sich wohl denken kann. Insofern stimmen wir ihm auch nicht zu, daß nur „die politische Lage in Frankreich schwarze Schlaglichter über Europa“ wirft! Sein Blättchen macht noch auf wesentlich andere und nicht minder gefährlichere aufmerksam. Vielleicht ist es nicht gut, wenn man sich gleichzeitig mit Wundererscheinungen und der hohen Politik beschäftigt. Man verwechselt dann zu leicht die angemessenen Perspektiven!

Ernst Alexander

Literarische Blähungen

Um jegliches Mißverständnis auszuschließen, sei betont: nicht um das berechtigte Anliegen dieses Artikels geht es hier, sondern um die effekt- und bilderreiche, wichtiguerische und selbstgefällige Sprache, in die der Autor B. Plevese es zu kleiden weiß. Sicher nicht, ohne die bewundernde Anerkennung einer großen unkritischen Leserschaft zu finden; denn schon der pompöse Aufwand des ersten Monstresatzes möchte über die Schabigkeit des Stils hinwegtäuschen.

So beginnt das „Pastorale“ von Plevese:

Langsam, langsam kommt die träumerische Verwunderung aus der Mode, die nach 45, und genüßlich betroffen nahezu in den ersten Jahren unserer prächtigen neuen ökonomischen Normalität allemal dann sich einstellte, wenn gutmeinende Leute miteinander überlegten, wie diese ganze Epoche Hitlers eigentlich möglich gewesen; wie es wohl geschah, daß sie, in aller Unglaublichkeit, Wahnwitz und Mißwuchs, doch ohne jeden spürbaren Widerstand fort und fort schwall, bis sie, ganz plötzlich, völlig weg war und alsbald niemand sich vorstellen konnte, daß all diese enorme Letztvergangenheit je im Ernst bestanden hätte.

Wenn mir eine längere Beschäftigung mit dieser dürr und langatmig geratenen Anomalie des ersten Satzes — ich bediene mich der Ausdrucksweise seines Verfassers, der später die „füllig und kurzatmig gewordene Normalität“ unserer Zeit beschwört — den intendierten Sinn erschlossen hat, dann empfehle ich zunächst um der Verständlichkeit des ersten Teils der Periode willen folgende Korrektur: das Komma nach „45“ ist hinter das nächste Wörtchen „und“ zu verlegen und ein weiteres Komma vor „in den ersten Jahren“ einzusetzen; in dem nun durch Kommata eingeschlossenen Partizipialsatz muß schließlich noch das Adverb

Politik in der Universität

„nahezu“ an die Spitze gerückt werden, da es sich wohl kaum auf „betroffen“ oder auf die „ersten Jahre“ beziehen, sondern das genübliche Wort „genüßlich“ einschränken soll. — Nach dem Semikolon möchte man gerne statt „wie es wohl geschah“ lesen: „wie es wohl geschehen“, weil auch in dem gleichgeordneten, unmittelbar vorangehenden Nebensatz das Perfekt gebraucht wird. — Wir erfahren, daß die Epoche Hitlers, die trefflich als „enorme Letztvergangenheit“ bezeichnet wird und die „im Ernst“ — nicht etwa im Scherz — bestanden hat, „in aller Unglaublichkeit, Wahnwitz und Mißwuchs fort und fort schwoll“. Dem Verfasser scheint nicht nur die Verschiedenheit des Geschlechts, sondern auch die eine Nebeneinanderstellung verbietende Verschiedenheit des Gehalts der Begriffe „Unglaublichkeit“ einerseits und „Wahnwitz und Mißwuchs“ andererseits entgangen zu sein, ganz zu schweigen davon, daß die Unglaublichkeit des Geschehenen ja das gedankenschwere Thema aller 11 Zeilen des Satzes ist. — Man bestaunt das schiefe Bild und den Mangel an Logik, wenn eine Epoche fort und fort schwillt, „bis sie völlig weg“ ist. — Was dann folgt, ein Nebensatz 6. Grades, schließt den schönen Ring träumerischer Verwunderung, der sich nun so darstellt: Man wundert sich darüber, daß die Hitlerreife möglich gewesen ist; daß es geschehen, daß sie schwoll, bis sie weg war und man sich darüber wundert, daß sie möglich gewesen...! Wer hätte vermutet, daß die „gutmeinenden Leute“, von denen die Rede war, solch tief sinniger Selbstbespiegelung fähig sind? Ich fürchte: noch nicht einmal der wortgewandte Berichterstatler.

Der erste Satz steht für die sprachliche Gestalt des ganzen Artikels. Krampfhaft um Originalität und Thomas Mannsche Virtuosität bemüht, verrät die gewundene Redeweise auf Schritt und Tritt stümperhaftes Epigonentum. Herrn (oder Fräulein?) Plevese und andern DISKUS-Autoren möchte man empfehlen, die journalistischen Stelzen wegzuerwerfen; sie büßen dann zwar den Nimbus ihrer hohen Vorbilder ein, vermeiden aber die Peinlichkeit, an ihnen gemessen zu werden. Wilhelm Diefenbach

Internationale Solidarität

In der Oktobernummer des DISKUS erschien ein Schreiben von Herrn Oratow, der im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Exilstudenten die schwierige Lage seiner Kommilitonen schildert. Zugleich macht er dem Deutschen Komitee des World University Service (WUS) heftige Vorwürfe über die unzureichende Betreuung der Flüchtlingsstudenten aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang.

Das Deutsche Komitee des WUS und ebenso das Frankfurter Komitee sehen sehr klar die schweren Nöte und Probleme aller Flüchtlingsstudenten und besonders die Nöte und Probleme der Exilstudenten. Jede Möglichkeit zu helfen wird, soweit es in unseren Kräften steht, mit Freuden ergriffen, nur sind diese Kräfte — Herr Oratow und die Leser seines Briefes mögen es uns verzeihen — begrenzt, die Mitarbeit im WUS ist ehrenamtlich, und auch die Quellen, an die der WUS sich immer wieder mit Bitten um Spenden speziell für die Exilstudenten in Deutschland wendet, sind nicht unerschöpflich. Dazu kommt, daß die Betreuung der Exilstudenten nur eine der Aufgaben ist, die der deutsche WUS sich selbst gestellt hat: Die Verbindung mit den ausländischen Studenten an den deutschen Hochschulen, Sammlungen und Veranstaltungen zugunsten des internationalen Hilfsprogramms des WUS und Untersuchungen über spezielle Universitätsprobleme sind wie in den anderen Ländern so auch in Deutschland die drei Hauptaufgaben.

Zur Erwidering der einzelnen Punkte in Herrn Oratows Schreiben — von dem der DISKUS übrigens nur Auszüge abdruckte — genügt es eigentlich, auf Heft 15/16, 2. Augustheft, der Deutschen Universitätszeitung zu verweisen, in dem der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Komitees des WUS eben dieses Schreiben sehr eingehend beantwortet hat.

Zur Orientierung der DISKUS-Leser: Von den 2000 Exilstudenten, die Herr Oratow anführt, konnte das Deutsche Komitee des WUS 1952 in einer Erhebung mit Hilfe aller Studentenwerke, der Flüchtlingslagerverwaltungen, der in Deutschland arbeitenden Wohlfahrtsorganisationen und der Landesflüchtlingsverwaltungen nicht ganz 600 Exilstudenten ermitteln. Zur Zeit sind in der Kartei des Deutschen Komitees 542 Exilstudenten verzeichnet.

Ein Betrag von 50 000 DM, den die deutsche Bundesrepublik im September 1952 für Exilstudenten bereitgestellt hatte, wurde an insgesamt 264 Exilstudenten ausgezahlt. Verwaltungskosten sind nicht einbehalten worden. — Durch einen Betrag von 10 000 Dollar, der dem internationalen WUS als Spende übergeben worden war, konnte die Erweiterung des Studentenheims Türkenstraße in München unterstützt werden. Als Gegenleistung des Studentenwerks erhalten dort 25 Flüchtlingsstudenten mietfreie Aufnahme, von denen 16 Exilstudenten sind.

Für Examensemester unter den Exilstudenten hat das American Friends Service Committee 30 000 DM als Darlehensfond vermittelt, die voraussichtlich in diesem Semester ausgezahlt werden können.

Das Deutsche Komitee des WUS hat also gar nicht auf ausländische Mittel zur Unterstützung der Exilstudenten verzichtet, wie Herr Oratow meinte. Mit den Mitteln aus dem sogenannten „Internationalen Programm“ des WUS, auf die Herr Oratow abzielt, steht es dagegen folgendermaßen. 4—5 Millionen Schweizer Franken werden alljährlich von Professoren und Studenten in verschiedenen Ländern der westlichen Hemisphäre im Rahmen des WUS gesammelt. Sie dienen hauptsächlich caritativen Zwecken im eigenen Land und der Ausgestaltung von internationalen Seminaren und Studienreisen. Dem Internationalen Programm stehen davon durchschnittlich 750 000 sfr. zur Verfügung, die, vor allem in den Notstandsgebieten Indiens und Südasiens, für größere Projekte, wie Studentenwohnheime, Gesundheitsfürsorge und ähnliche Einrichtungen, verwendet werden. Diese Zuwendungen spielen, wie man sich leicht ausrechnen kann, im Wesentlichen die Rolle von Initiativbeiträgen, die Spenden anderer Stellen nach sich ziehen sollen. Eine Aufsplitterung dieser Summe zur Unterstützung einzelner Studenten würde ihre Initialwirkung aufheben und den einzelnen wenig nützen, wenn man die ungeheuer große Anzahl der Flüchtlingsstudenten auf der Welt (z. B. in Indien) bedenkt, von der unsere Exilstudenten in Deutschland nur einen ganz kleinen Teil bilden.

Irmela Phoenix, WUS-Komitee Frankfurt

Ihr Friseur

im Studentenhaus
Untergeschoß — Zimmer 12

Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr
Samstag von 8 bis 17 Uhr
Dienstag von 8 bis 13 Uhr

Verkauf sämtl. Toilettenartikel - Preisgünstige Bedienung

Vorträge in der Universität sollten im allgemeinen wissenschaftlichen Gehalt haben, auch wenn der Vorsitzende des Kuratoriums spricht. Mit diesen Gedanken hatte sicher der SDS Herr Oberbürgermeister Dr. Kolb angekündigt.

Studenten wurden wach, die in der Veranstaltung eine SPD-Wahlversammlung witterten. Da parteipolitische Betätigung in der Uni verboten ist, ließen sie bei Seiner Magnifizenz anfragen und hörten, daß nichts zu befürchten sei.

Der Redner wechselte darob sein Thema, er sprach nicht über den Hessen-Landtag, sondern über „9 Jahre Wiederaufbau in Frankfurt“. Der echte, rechte, biedere Vortrag hatte für uns kein Niveau, salbte dafür aber die Zuhörer unauffällig mit SPD-Parolen. Die also Versehenen durften dann auf der Leinwand das Wunderland Hessen erleben. Ein Tonband spielte dabei einen Dialog der Aufklärung. Der Gleichschaltungs-Kurs der Bonner Koalition schlug kräftige Wellen, die durch „Sachte“ Argumente des SPD-Kurses eingellut wurden und als suaves Plätschern das Publikum auf den rechten Weg lenkten.

Auf die Anfrage eines Studenten erklärte Herr OB Dr. Kolb, er habe mit der Veranstaltung als solcher nichts zu tun. Die Mitglieder des SDS, der neben der Sozialistischen Hochschulgruppe als Veranstalter zeichnete, erklärten, sie hätten von dem Propaganda-Tonband nichts gewußt.

Uns bietet sich also das Kuriosum, daß die Kundgebung sich selbst veranstaltet hat. VI-10-1112-54 Magnus Weber

Sind unsere Stimmen entwertet?

Der Artikel „Vom Kram der Selbstverwaltung“ in der Oktobernummer des DISKUS, verband eine Betrachtung über die einst so selbstlose Bereitwilligkeit zur aktiven Mitarbeit an den Einrichtungen der Studentenschaft mit einer Kritik an „Koalitionsmanövern“, „Gruppen- und Vereinsinteressen“ bei der Bildung des Studentenparlamentes.

Mit Zahlen und Tatsachen wurde darin die Abnahme des direkten Interesses der Studentenschaft an diesen Einrichtungen nachgewiesen. Nun ist es ohne Frage eine Wohltat für alle Kommilitonen, wenn jemand Zeit und Geld genug hat („stud. phil. A.“), um ehrenamtlich mehrere Tage Eintrittskarten zu verkaufen. Die Arbeit des Parlaments und des Asta kommt aber allen Kommilitonen zugute, während die Arbeit des stud. phil. A. nur einem geringen Teil der Studentenschaft nützt, die die geringe Entschädigung für den Verkäufer ohne Schwierigkeiten tragen könnten, und diese Kosten somit dem Etat ersparen würden. Gefährlicher ist es jedoch, wenn Mitglieder des Asta sich ihre Arbeit bezahlen lassen, soweit dies über eine Aufwandsentschädigung hinausgeht, und wenn sie damit ihr Ehrenamt zu einem besseren Schnelldienstjob herabwürdigen. Es mag wohl stimmen, daß vielfach gerade die finanziell schlecht gesicherten und die Werkstudenten

bei Ermüden **Halloo-Wach**
IN APOTHEKEN + DROGERIEN • 90 PFG AMOL-WERK HAMBURG

sich für die Sache der Selbstverwaltung einsetzen, und daß ihnen die neue Einrichtung der Bezahlung für Ehrenämter merkwürdig vorkommt. Aber das klingt sehr danach als ob nur diejenigen sich bezahlen ließen, die es von Hause aus nicht nötig hätten. Ist das sehr plausibel? Die Werkstudenten, die das größere Interesse für die Selbstverwaltung aufbringen, müßten dann doch auch stark genug sein, um eine so bedauerliche Entwicklung zu verhindern.

Eine Lösung dieser Probleme erblickt der Artikelschreiber in der Wahl von Vertretern, die nicht eine Fraktion — er sagt so nett „einen Schutzgürtel Gleichgesinnter“, bilden könnten. Ich lese aus diesen Worten ganz einfach den Vorwurf heraus, daß die Schuld für den Niedergang und jetzigen angeblichen Tiefstand unserer Selbstverwaltung bei solchen Parlamentsvertretern zu suchen ist, die von irgendwelchen Gruppen gewählt worden sein sollen. Solch eine negative Entwicklung geht jedoch nicht von heute auf morgen vor sich, sondern deren Ursache dürfte schon einige Semester zurückliegen. Wenn man Rückschau hält, welche Gruppen in den letzten Jahren sich die Funktionärschüsselstellungen, und damit auch die Verantwortung in der Frankfurter studentischen Selbstverwaltung gesichert haben, so sind es nicht die zitierten Vereinigungen und Verbindungen, gegen die sich der Artikel richtet, nämlich diejenigen Gruppen, die heute einen größeren Teil der Parlamentssitze inne haben, sondern es waren Vertreter ganz konträrer Richtung, deren Zahl im Parlament noch vor zwei Jahren Legion war.

Man kann nicht den Wähler von gestern für die Zustände von vorgestern verantwortlich machen und dazu die Theorie von der

Stimmenqualität benutzen. Solange ein Parlament gut arbeitet, wird das Wahlinteresse immer gering bleiben. Zeigen sich Schwächen in der Verwaltung, wird das Interesse und damit die Stimmzahl steigen. Es war aber in dem Artikel behauptet worden, die Mehrstimmen der letzten Wahlen stammten von Gruppen, die angeblich nur Vertreter wählen, um ihrer Gruppe — und nicht der Sache der Selbstverwaltung zu dienen.

Dieser Vorwurf ist, so meine ich, recht ungeheuerlich, und er dürfte kaum als Grundlage für eine sachliche und akademisch würdige Diskussion dienen können. Wenn es überhaupt eine Minderung der Stimmenqualität bei den letzten Wahlen gegeben hat, dürfte es daher rühren, daß bei den letzten Wahlen und Abstimmungen Wähler an die Urne geholt worden sind, die bis dahin kaum einen Gedanken an die Selbstverwaltungen mit ihren offenen und versteckten Problemen verschwendet hatten.

Mißstände könnten auch viel besser und schneller aufgearbeitet werden, wenn nicht ein Großteil der parlamentarischen Arbeitszeit, wie im letzten Sommer, an zweitrangige Dinge, wie die Frage des Farbentragens, verschwendet würde. Die berühmte Freitagsdemonstration mit den Toilettenrollen (siehe Pupille), wäre als Kundgebung gegen die manchmal unmöglichen sanitären Zustände innerhalb der Universität und gegen deren Urheber für die Allgemeinheit der Studentenschaft sicherlich viel wertvoller gewesen. Dieter Nellesen

Bumerang und Kasernenklang

Es hat sich wieder einmal gezeigt, wie genau Herr Schweikhardt mit seinem Verdikt vom „Kram“ der Selbstverwaltung (DISKUS, Okt. 1954) den Nagel auf den Kopf getroffen hat. „Der gegenwärtige Tiefstand unserer studentischen Selbstverwaltung“ gründet merkwürdigerweise nicht nur in den von ihm beobachteten „Gruppeninteressen“, sondern wie die jüngsten Erfahrungen zeigen in der Negierung der elementaren parlamentarischen Spielregeln gerade von seiten nichtgebundener Studentenvertreter.

Den Beweis hierfür erbrachte die letzte Parlamentsitzung. Kurz vor der Abstimmung über einen Antrag verließen Herr M. Weber, Herr Wilkening und Herr Schweikhardt demonstrativ die Sitzung, um so einen parlamentarischen Beschluß zu boykottieren. Es ist evident, daß sie einen ihnen nicht genehmen Ausgang befürchteten. Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß ein Parlamentarier sich dem Beschluß der Mehrheit beugt, wenn er ihn auch persönlich nicht billigen kann. Bei Nichtachtung dieser parlamentarischen Grundregeln bleibt nur noch die Frage nach dem Sinn des Parlamentes überhaupt. Herr Schweikhardt hat dabei anscheinend ganz vergessen, daß er damit dem „Kram“ der studentischen Selbstverwaltung ein eklatantes Exempel statuiert hat.

Erfreulicherweise hat unser Parlament Fingerspitzengefühl genug, derartige Vorkommnisse aufs schärfste zu mißbilligen. Und das ist doch immerhin als Positivum zu buchen. Alois Weimer

Wo bleibt die Zivilcourage?

Im Althoffbau am Zoo fand eine Kundgebung der KPD statt mit allen großen und kleinen Kommunisten der Umgebung. Seit längerer Zeit pflegt das Publikum bei solchen Veranstaltungen sehr homogen zu sein. Aber es zieht doch auch immer wieder einige Neugierige dort hin, denen es meist nur um das Kuriosum geht; sie erliegen jedenfalls durchaus keiner kommunistischen Beeinflussung. Bei besagter Kundgebung waren nach Schätzung mindestens 30 Studenten der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität anwesend. Aber bei der Abstimmung über die bei solchen Gelegenheiten unvermeidlichen, ihrer Art nach hinlänglich bekannten Resolutionen fanden sich — man lies und weine! — ganze vier Westeuropäer, die den Mut hatten, diese Resolution abzulehnen. — Die Kommunisten haben gut lachen!

Reinhard Welteke

Universitätsbuchhandlung BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethetr. 1 • Tel. 936 33 u. 9 52 64

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

The British Centre
„Die Brücke“
Frankfurt a. M., Friedrich-Ebert-Str. 48
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

Monatsprogramm Dezember 1954

Vorträge:
Donnerstag, den 9. Dezember 1954, 18 Uhr, Mr. T. P. R. LASLETT, University lecturer in History, Trinity, College, Cambridge „Being an Englishman in 1954“
Montag, den 13. Dezember 1954, 20 Uhr, Filmvortrag, Ruth KÖRNER, Wien, „Kanada — das Land des 20. Jahrhunderts“
Frau Körner kehrte erst vor kurzem aus Kanada zurück und verfügt damit über letzte Informationen und neuestes Bildmaterial.

Konzerte:
Freitag, den 10. Dezember 1954, 20 Uhr, Klavierabend, Franz REITZENSTEIN, London, spielt Werke von Haydn, Schumann, A. Benjamin, A. Rawsthorne, A. Cooke, und eigene Kompositionen
Freitag, den 17. Dezember 1954, 20 Uhr, „Altenglische Weihnachtsmusik“ mit Werken von W. Byrd, H. Purcell u. a. Ausgeführt von einem Singkreis unter Leitung von Dr. W. Lipphardt und dem Gambenkreis der Staatl. Hochschule für Musik, Leitung Prof. E. Molzahn
Plays and Playreadings

Regelmäßige Veranstaltungen:
Donnerstag, den 9. Dezember 1954, 20 Uhr: Chr. Fry: „Venus Observed“
Discussion Group: „Aspects of English Life“:
Donnerstag, den 2. Dezember 1954, 18.30 Uhr: The New Towns
Donnerstag, den 16. Dezember 1954, 18.30 Uhr: Export & Import Trade

Filmvortragsreihe des Frankfurter Bundes für Volksbildung e. V.
„Wallfahrtsorte der Kunst in Frankreich“ von Dr. Th. L. Girshausen
Jeden Samstag um 16.30 Uhr im Kinosaal der „Brücke“
Anmeldung und Hörerkarten in der Geschäftsstelle des B. f. V., Oederweg 1

Im Kino finden täglich um 14, 15.30 und 17 Uhr, Sa nur 14, 15.30 Uhr, im wöchentlichen Wechsel Vorführungen von Dokumentar- und Kulturfilmen statt.

RÖMER
KLISCHEES

Strichätzungen
Farbätzungen
Autotypien
Galvanos
Rotaprintfolien
Matern - Stereos

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT / M
Mainzer Landstraße 216
Ruf 34672

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des W. Kohlhammer-Verlages, Stuttgart, bei, um dessen freundliche Beachtung wir unsere Leser bitten.

Ist Miliz besser?

Anfang einer Diskussion

Die Wiederbewaffnung steht vor der Tür. Sie wird vor den Toren der Universität nicht halt machen. Um so aufmerksamer sollten wir Studenten diese Entwicklung beobachten.

Die gesetzliche Grundlage zur Einberufung von einer halben Million Rekruten soll die Allgemeine Wehrpflicht bilden. Das hört sich harmlos an, ist es aber keineswegs. Denn hinter unserer Landesverteidigung steht damit der Zwang. Die Behauptung, dieser Zwang sei eine demokratische Notwendigkeit, erklären viele Sachverständige, sei lediglich ein Ausdruck der Denkfaulheit verantwortlicher Stellen. Immer mehr Stimmen plädieren für eine andere Lösung der Wehrfrage. Sie lehnen die „Allgemeine Wehrpflicht“ als nicht mehr zeitgemäß ab und verlangen eine Lösung, die politisch und wirtschaftlich der deutschen Situation gerecht wird.

Diese Lösung ist uns durchaus nicht verwehrt. Viel zu wenig Deutsche wissen, daß auch die Westalliierten und die Bundesrepublik die „bodenständige Verteidigung“ in ihre strategischen Erwägungen aufgenommen haben. Schon im EVG-Vertrag stand ein Passus, wonach die Heimatverteidigung landeseigene Sache ist.

Warum weiß die deutsche Öffentlichkeit davon nichts? Sicher nicht aus Angst vor politischen Konsequenzen. Es muß vielmehr angenommen werden, daß nach Ansicht der Bundesregierung der Aufbau der Heimatverteidigung gegenüber der Ausrüstung der zwölf aktiven Divisionen wegen der Kosten zurückstehen muß. Auch geeignete Kräfte zur Führung der einzelnen Gruppen stünden neben dem Bedarf der zwölf Divisionen nicht genügend zur Verfügung, ja, selbst diese seien nicht voll zu besetzen.

Nun zu den Betroffenen. Zunächst sollen die Jahrgänge 1935 und 36 eingezogen werden. Nach Meinung der Ärzte sind aber nur 50% dieser Jahrgänge gesundheitlich tauglich. Sollte der taugliche Prozentsatz nicht ausreichen die Ränge zu füllen, so — und nun wird es toll — soll der Jahrgang 1928 zusätzlich eingezogen werden. Die Begründung ist folgende: Dieser Jahrgang hat als letzter im Kriege gedient und hat also Erfahrung.

Betrachten wir uns die 50% nicht-verwendungsfähiger Jungen. Diese werden nicht dienen, sie setzen ihre Ausbildung fort, studieren, rücken in Stellungen auf, alles das, während der Geeignete kraft seiner Gesundheit seine Haut zu Markte trägt. Ein Betriebsführer kann leicht der Überlegung folgen, daß der soldatisch untaugliche für seinen Betrieb besonders tauglich ist, weil er im Notfall nicht eingezogen wird und als eingearbeitete Kraft zur Verfügung steht.

Das ergänzt aber nur die Erfahrung, die schon in den beiden ersten Weltkriegen so schwer wog: Im Konfliktfall sind die Spezialarbeiter in der Wirtschaft unersetzlich. Auch diese technische Notwendigkeit ist eine moralische Ungerechtigkeit gegenüber den anderen Bürgern.

Betrachten wir aber speziell unsere Situation, die der Studenten und Jungakademiker. Der Student betritt nach dem Abitur die Hochschule. Er hat vorher unter großer Anspannung für die Prüfung gelernt und will nun in anderer Umgebung Atem schöpfen. In dieser Phase durchläuft er die ersten Semester, empfängt entscheidende Anregungen und macht sich mit der neuen Umgebung und ihrer Arbeitsweise vertraut. Dann konzentriert er sich auf das Examen, das in etwa einen Abschluß des theoretischen Lernens darstellt, und wechselt nun als Jungakademiker zur Praxis über.

Zu keiner Zeit kann diese Entwicklung durch eine längere Pause, in unserem Fall also die eineinhalb- bis zweijährige Dienstpflicht unterbrochen werden. Der Abiturient würde in dieser Zeit zu leicht geistiger Trägheit oder Verflachung anheimfallen, da der Dienst seine spezielle geistige Schulung nicht berücksichtigen kann. In dieser Zeit wird er dem geistigen Beruf leicht verloren gehen. Der Eintritt in das Studium wäre eine neue Umgewöhnung und Rückkehr zur Theorie, entgegen der normalen Folge von Lernen und Praxis.

Während des Studiums oder nach dem Examen würde die Zwangspause aus denselben Gründen stören, außerdem aber eine zusammenhängende, wissenschaftliche Ausbildung und das für sie notwendige ununterbrochene geistige Training so nachdrücklich unterbrechen, daß weitere lange Zeit notwendig würde, um die großen Gedächtnislücken wieder aufzufüllen und die intellektuelle Beweglichkeit neu zu erwerben.

Aus solchen Überlegungen heraus haben namhafte Persönlichkeiten ihre Stimme für eine andere, vielleicht zusätzliche Lösung in Gestalt einer Volkswehr oder Miliz erhoben. Sie verweisen dabei auf die früheren Erfahrungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten, und die heutigen Organisationen der Schweiz und Belgiens. Könnte auch für uns die Miliz eine bessere Lösung, und damit die Erlösung von dem Alldruck der achtzehnmonatigen Wehrpflicht sein? Eine Grundausbildung von drei bis sechs Monaten nach dem Abitur kann wohl ein jeder verschmerzen, sie könnte sogar gut für den Charakter sein. Vielleicht ist sie sogar eine geistige Anregung, da für diese kurze Zeit — niemals aber für längere Dauer — der junge Mensch gern einmal Erfahrungen

mit andern Berufsgruppen tauscht. Die gewonnenen Erkenntnisse lassen sich später im Studium verwerten. Die zu späteren Zeitpunkten notwendigen Wiederholungskurse ließen sich leicht in den Semesterferien abdiene, wobei die Studenten leicht mit ihren Kommilitonen zusammenbleiben könnten.

Besonders Begabte oder Strebsame können in kurzen Führungs-Lehrgängen für höhere Stellen herangebildet werden. Dazu kommt, daß der Einzelne nicht aus seiner zivilen Existenz gerissen wird und daher auch den militärischen Belangen, die hier sinnvoll mit seiner eigenen Sphäre verknüpft sind, mehr Interesse entgegenbringt. Seine Ausbildung, der Aufstieg im Beruf, erleiden keine Unterbrechung.

Hätte die Miliz aber militärischen Wert? Kann eine Truppe mit kurzer Ausbildung im modernen Krieg ernste taktische Aufgaben erfüllen, oder ist die Idee der Heimwehr ein Hauch patriotischer Romantik?

Vor den Befreiungskriegen bildeten die Reorganisatoren der Preußischen Armee eine illegale Miliz aus. Im Rahmen einer Berufsmarine, die der Sieger Napoleon erlaubt hatte, wurden im sogenannten Krümper-System alle verfügbaren Männer nacheinander eingezogen, nach kurzer Ausbildung wieder entlassen. Aus diesem Bestand konnte man im Augenblick des Aufstands plötzlich eine schlagkräftige Armee aufstellen. Damals brauchten die Leute aber nur das Marschieren und Schießen zu lernen; heute dürften die Anforderungen des technischen Krieges die Lösung schwieriger gestalten.

Dem läßt sich erwidern, daß im Kriege 39—45 die in dieser Zeit anfallenden Rekruten höchstens 6 Monate ausgebildet wurden, wobei noch mindestens die Hälfte der Zeit auf die Grundausbildung (Marschieren, Grüßen, Spindordnung, Waffenpflege) entfiel. Und doch haben diese Truppen als Linien-Divisionen vollwertigtaktische Aufgaben erfüllt. Wenn also der Soldat der Miliz eine 3- bis 6-monatige Ausbildung erhält, so ist er nicht weniger geschult als ein Großteil der Frontsoldaten des letzten Krieges. Verzichtet man noch auf die Spindordnung und das Grüßen, dürfte sogar ein Mehr erreicht werden. Die späteren Übungen würden die notwendigen Erkenntnisse vermitteln. Die Miliz soll die Bevölkerung jeweils einer Gegend zusammenfassen und nur in der Nähe ihres Wohnsitzes operieren, um den ungeheuren Vorteil der Ortskenntnis auszunutzen. „Aufständische“ halten oft mehr als reguläre Truppen einer großen Übermacht von Soldaten stand. Der Wille zur Verteidigung der Heimat würde in der Miliz offenkundiger sein als in der Dienstpflicht-Armee, er wäre ein entscheidendes Faktum für den Kampfgeist. Gleichzeitig haben diese taktischen Erwägungen auch zur Folge, daß ein vom Heimatort zu weit entfernter Einsatz unerwünscht ist, und damit einem Mißbrauch der Truppe entgegengewirkt wird.

Dem Vorwurf, ein Miliz-Soldat sei nur eine Art Partisanenkämpfer, ist zu erwidern, daß die Miliz eine reguläre Armee ist und von Freund und Feind als solche zu behandeln ist. Partisanen wird es — vielleicht — neben der Armee, nicht aber im Rahmen der Armee geben.

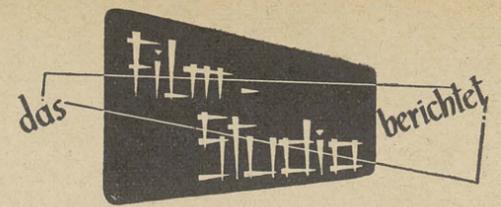
Nach diesen Erwägungen könnte also die Miliz eine Lösung sein, die uns Studenten gerecht würde. Wir sollten sie deshalb diskutieren und unseren Stimmen Gehör verschaffen

Magnus Weber

Guerillatruppen

Es ist jetzt erst bekanntgeworden, daß die Jahrgänge 1933 und folgende, die die Grundlage der neu geplanten Armee sind, die Wehrpflicht zum großen Teil ablehnen. Zwar schüren gewisse politische Gruppen diese Ablehnung auf das stärkste, doch ist die Ursache der Haltung eine andere: Die Verneinung eines Ausbildungssystems bestehend aus „Schliff“ und „Drill“, das die Persönlichkeit des einzelnen empfindlich verletzen kann. Überflüssig ist es zu bemerken, daß diese Form des Militarismus nicht auf Deutschland allein beschränkt war. Es hat sich aber gerade in Westdeutschland eine derartige Ablehnung hiergegen gebildet, daß die Möglichkeit einer Wiederbewaffnung ernstlich in Frage gestellt zu sein scheint. Einen Ausweg aus dem Dilemma der Notwendigkeit einer Armee einerseits und der Ablehnung durch die zukünftigen Rekruten andererseits, bietet ein Vorschlag des Generals v. Manteuffel. —

Manteuffel empfiehlt die Aufstellung von Milizformationen, die neben einem Berufsheer stehen sollen. Die Miliz, die jeden wehrfähigen Mann erfassen würde, soll modern ausgerüstet werden und nur kurzfristige Ausbildungszeiten haben. Es mag sein, daß diese Idee v. Manteuffels den Erkenntnissen des letzten Herbstmanövers in Westdeutschland entsprang. Dieses umfas-



- Mittwoch, den 1. Dezember, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag, den 2. Dezember, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Entr'acte (René Clair, 1924) und
Les deux timides (René Clair, 1928)
Mittwoch, den 8. Dezember, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag, den 9. Dezember, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Arsen und Spitzenhäubchen
(Arsenic and old lace) Frank Capra 1944, Original mit deutschen Untertiteln.
Beiprogramm: En Bateau
Freitag, den 10. Dezember, 20.00 Uhr
Der Mensch und die Kulturtechniken
(Festsaal des Studentenhauses). Für Mitglieder Eintritt frei.
Vortrag mit Filmbeispielen von Prof. Dr. Gottfried Hausmann, Mainz
Mittwoch, den 15. Dezember, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Donnerstag, den 16. Dezember, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
La vie en rose (Jean Faurez, 1947)
Beiprogramm: ... und es begab sich
Freitag, den 7. Januar, 20.00 Uhr
Gestaltungsmittel des Films
(Festsaal des Studentenhauses). Für Mitglieder Eintritt frei.
Vortrag mit Filmbeispielen von Fritz Kempe, Hamburg
Mittwoch, den 12. Januar, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00
Donnerstag, den 13. Januar, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
A nous la liberté (René Clair, 1931)
Beiprogramm: Sieg der Technik (Tom und Jerry)
Freitag, den 14. Januar, 20.00 Uhr
Das Lebenswerk des René Clair
(Festsaal des Studentenhauses). Für Mitglieder Eintritt frei.
Vortrag mit Filmbeispielen von Dr. Hannes Schmidt, Offenbach
Mittwoch, den 19. Januar, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00
Donnerstag, den 20. Januar, 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
Die steinerne Blume (Putschko, 1945)
Beiprogramm: Vor den Stufen
Freitag, den 21. Januar, 20.00 Uhr
Gefährdet der Film unsere Kultur?
(Festsaal des Studentenhauses). Für Mitglieder Eintritt frei.
Vortrag mit Filmbeispielen von Pfarrer Werner Hess, Ffm.

sende Manöver sollte hauptsächlich die Auswirkung von Atomwaffen auf die zukünftige Strategie darlegen. Die Erfahrungen der östlichen Generalstäbe bewahrheiteten sich und wurden auch im Westen zur Maxime: Auflösung der riesigen Kampfverbände in kleine, wendig Einheiten, die, falls es die Lage erfordert, kurzfristig zusammengefaßt werden können, sonst aber nicht den Einsatz von Atomwaffen lohnen, durch den schlagartig ganze Armeekorps vernichtet werden könnten. In der Kampfweise würden sich diese kleinen Einheiten der Guerillataktik angleichen. Die vorgeschlagene Miliz wäre der Kern dieser Truppen. —

Notwendigerweise müßte bei der kurzen Ausbildungszeit dieser Verbände jeder überflüssige Schliff entfallen. Ein weiterer Vorteil wäre der, daß der einzelne nie so lange aus Beruf oder Ausbildung gerissen würde, um ernsthaften Schaden davon zu haben, was natürlich besonders für den Akademiker von größter Bedeutung ist. In einer solchen Truppe wäre auch nie das Entstehen des sog. „Kadavergehorsams“ zu befürchten, der gerade bei geistig differenzierten Menschen leicht das Gefühl eines widerwärtigen Zwanges aufkommen lassen könnte und somit zu einer innerlichen Ablehnung führen würde. —

Es steht zu hoffen, daß von amtlicher Seite dem Plan v. Manteuffels Aufmerksamkeit gezollt wird. Hans Werner Schaefer

Der künftige Offizier

Akademikern in einer künftigen deutschen Wehrmacht keine besondere Bevorzugung zu gewähren, mag bei oberflächlicher Betrachtung einem demokratischen Gemeinwesen wie der Bundesrepublik Deutschland angemessen erscheinen. Darin liegt aber ein Trugschluß. Ist die Dienstzeit für alle gleich lang, und besteht die Möglichkeit, Offizier zu werden, erst nach Ableistung der Wehrpflicht von einem oder anderthalb Jahren, dann werden sich wohl nur die auch unter Akademikern vorhandenen „Kommisbüchse“, die im Dienst ihre Lebenserfüllung gefunden haben, zu noch längerem Dabeibleiben bereit finden, um schließlich einmal Offizier zu werden. Das bedeutet also, daß gerade die bürgerlich, also zivil Gesonnenen nicht mehr Offizier werden: In ihrer Dienstzeit können sie es nicht, da aus Gleichheitsgründen zunächst alle gleich lange dienen müssen; nach Abschluß ihrer Dienstzeit haben gerade sie kein Interesse, noch beim Kommiß zu bleiben, nur um die Schulterstücke zu bekommen. Daß aber diese Leute, die einem Beruf zustreben und deshalb viel stärkere Bindungen an das bürgerliche Leben haben, die beste Garantie für den demokratischen Geist einer Armee sind, ist offenbar. Warum hätten sich sonst die deutschen Parlamente seit über hundert Jahren immer für die Stärkung der Reserve und der Reserveoffiziere den „Aktiven“ und „Zwölfendern“ gegenüber eingesetzt?

Diese Gedanken sollen nicht eine Wiedereinführung des „Einjährigen“ im alten Sinn anregen. Daß man mit Mühe und Not nach Untersekunda versetzt wird, ist noch kein Befähigungsnachweis. Das Abitur als wirkliche „Prüfung“ könnte schon eher Maßstab sein. Aber gibt es nicht auch in vielen anderen Berufen und Fachschulen Prüfungen, die einem Abitur um nichts nachstehen? Die hier befürwortete Bevorzugung braucht sich also nicht nur auf „Akademiker“ zu beschränken, es braucht nicht wieder ein „Klassenprivileg“ zu geben.

foto **WAGNER** für bessere Fotoarbeiten

BOCKENHEIMER WARTE · RUF 7 1657

WILLY SPECK · Frankfurt/M.

Die Fachgeschäfte in Schokoladen
Gräffstraße 85 · Telefon 71621 Pralinen
Fahrgasse 87 · Telefon 93114 Kaffee
Leipziger Str. 29 · Telefon 71621 Kakao
Keks
Tee

Spezialität:

Sarotti

Erzeugnisse

BLUMEN

Ludwig

Bockenheimer Warte

Leipziger Str. 20

Tel. 7 8770

Mitglied der Fleurop-Interflora

Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenheimer Landstr. 131

(nähest der Universität)

Fernruf 755 89

Die Fachgeschäfte an der Bockenheimer Warte empfehlen sich

"LIEBER JUNGE, ICH WÄRE GERN SOLDAT GEWORDEN
"WENN MICH DAS VATERLAND NUR GERUFEN HÄTTE ..."



Aus: „Disziplin
alles“ — der Sel
verteidigungsbe
des letzten Zivili
von Kurt Halbr
Mit einem Vor
von Werner Fin



Eine Überraschung

Einer der Verleger dieser destruktiven Bücher
ist Student der Johann-Wolfgang-Goethe-Uni-
versität. Der andere war es bis vor kurzem.
Wir kommen auf die peinliche Angelegenheit
in unserer nächsten Ausgabe zurück.



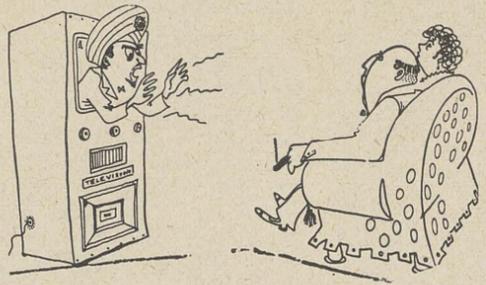
WENN ICH EUCH IN DIE AUGEN SEHE - DANN WEISS ICH,
DASS EUERE BEGRIFFENUNG KEINE GRENZEN KENNT!



„EIN LIED DREI ... VIER !“



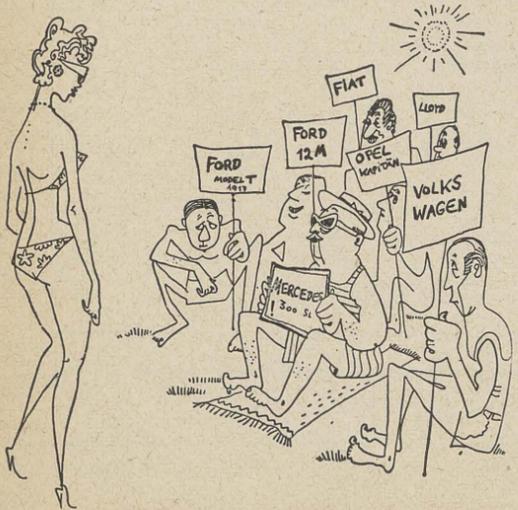
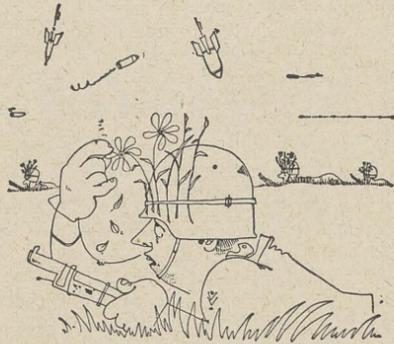
Nero — aus dem Buch „Ein
Hund wie du und ich ...“
von TRIX.



Das Programm ist gut —
das Programm ist gut —
das Programm — — —



Es erwischt mich,
es erwischt mich nicht,
es erwischt — — —



Die vier Zeichnungen stammen aus dem Buch „Kultur
von der Stange“, Zeichnungen zur Zeit von Ernst
Heidemann, mit einem Vorwort von Walter Foitzick,
4,80 DM — Sämtlich im Verlag Bärmeier und Nickel,
Frankfurt am Main.

Germane in Italien

